

den Haushalt eingeseht werden, bis das betreffende Spezialgesetz geändert oder aufgehoben ist. Hierhin gehören z. B. die Ueberweisungen an die Länder mit 3 1/2 Milliarden, der gesamte Personalaufwand einschließlich aller Versorgungsgebühren mit einer Milliarde usw. Nur bei den sachlichen Verwaltungsausgaben für besondere Sachzwecke, sind Reichsregierung und gesetzgebende Körperschaften in der Lage, ohne vorherige Abänderung bestehender Gesetze bei der Etatsaufstellung frei zu verfügen. Diese Ausgaben machen indessen im Reichshaushalt nur ungefähr 40 Proz. der Ausgaben der eigentlichen Reichsverwaltung, oder ungefähr 800 Millionen aus. Des weiteren darf nicht übersehen werden, daß in einem Rechnungsjahr wie 1929 an den Reichshaushalt zahlreiche neue Anforderungen herantreten, die nicht immer abweisbar sind.

Ein Vergleich der neuen Ausgabenposten mit denen der Vorjahre ist schwieriger als sonst, weil der neue Haushalt, Wünschen des Haushaltsausschusses entsprechend und zum Zweck größerer Uebersichtlichkeit und straffer Gliederung vielfach umgestellt, zusammengezogen oder auch zergliedert ist. Sehr bedeutende Unterschiede gegen 1928 zeigt der Einzehaushalt des Reichsarbeitsministeriums. Hier sind die fortdauernden Ausgaben des ordentlichen Haushalts gegen 1928 um 332 Millionen höher, die einmaligen um 255 Millionen niedriger. Da auch die Einnahmen um 24 Millionen gesunken sind, ist der Zuschuß des ordentlichen Haushalts gegen 1928 um 100 Millionen gestiegen. Diese großen Differenzen erklären sich in der Hauptsache daraus, daß der Reichsbeitrag der Invalidenversicherung mit 164 Millionen zwecks Zusammenfassung der Ausgaben für die Sozialversicherung aus den einmaligen in die fortdauernden Ausgaben übernommen und um 15 Millionen erhöht worden ist. In gleicher Weise ist die Krisenfürsorge für Arbeitslose, die noch auf Jahre hinaus voraussichtlich den Reichshaushalt belasten wird, von den einmaligen auf die fortdauernden Ausgaben übertragen und um 20 Millionen erhöht worden. Aus dem außerordentlichen Haushalt ist ferner der um 30 Millionen auf 55 Millionen erhöhte Ausgabenposten für die werkschaffende Arbeitslosenfürsorge in die fortdauernden Ausgaben des ordentlichen Haushalts eingeseht. Der außerordentliche Haushalt selbst weist gegen 1928 eine Ausgabenminderung von 50 Millionen auf, entstehend aus dem Fortfall der werkschaffenden Arbeitslosenfürsorge und der Senkung des Beitrags zur Förderung des landwirtschaftlichen Siedlungswesens in den dünnbesiedelten Gebieten von 50 auf 25 Millionen. Dagegen bringt er eine Steigerung der Einnahmen von 94 Millionen, die in der Hauptsache erwartet werden aus Rückzahlungen von den Ländern für gewährte Zwischkredite auf erste Hypotheken für Kleinwohnungen.

Der erste Ueberblick über den Zehnmilliardenetat — vorbehaltlich eingehender Einzelkritik — lehrt, daß der sozialdemokratische Finanzminister Sorge für die Befestigung des Budgetrechts des Reichstags wie für die technische Verbesserung des Etats getragen hat und von dem Bestreben geleitet war, durch die Gestaltung des Etats die Dinge zu fördern, die im Interesse der breiten Massen des Volkes liegen.

Wilhelms Generaladjutant gestorben.

Der Mann, der seinen Monarchen nicht sterben ließ.

Im hohen Alter ist der ehemalige Generaladjutant des Kaisers, Generaloberst a. D. v. Pleßten gestorben. Militärische Talente besaß er nicht, sein hohes Amt war vielmehr rein höfischer Natur. v. Pleßten verlor jene jenen dornierten Adelsloze, der dem Monarchen zu dienen vorgibt, diesen aber in Wirklichkeit zum Gefangenen der Eitelkeit und verfaulter Standesvorurteile macht. Die düstliche Ignoranz der v. Pleßten, v. Schulenburg usw. hat sich namentlich in den kritischen Tagen um den 2. November 1918 verhängnisvoll ausgewirkt und nicht wenig dazu beigetragen, daß Wilhelm jede Gelegenheit zu einem anständigen Abgang verpaßt hat.

Hierüber hat der verstorbene v. Pleßten vor etwa dreieinviertel Jahr ein interessantes Selbstzeugnis abgelegt. Es war zur Zeit des Münchener Dolchstoßprozesses. General Groener hatte in München als Zeuge ausgesagt, daß er (Groener) am 1. November 1918 „den Generaladjutanten Seiner Majestät vorgeschlagen habe, daß Seine Majestät unverzüglich an die Front gehen sollte.

dozt solle es der Kaiser darauf ankommen lassen, ob eine Angel ihn träge.

Die Generaladjutanten aber hätten erwidert, es ginge nicht an, den Kaiser an die Front zu bringen“.

Zu dieser Aussage Groeners ergriff Herr v. Pleßten als einer der beteiligten Generaladjutanten das Wort. In einer Erklärung an die deutschsprachige Presse bestritt v. Pleßten, daß ein derartiger Vorschlag an ihn gelangt sei. Jedoch höchst bezeichnend fährt die Erklärung des Herrn v. Pleßten fort:

„Aber auch wenn ein solcher Vorschlag an uns gelangt wäre, würden wir es abgelehnt haben, ihn Seiner Majestät zu unterbreiten.“

Interes Erachtens hat ein Monarch höhere Aufgaben, als im Schängengraden Tod und Verwundung zu suchen.“

So wenig Herr v. Pleßten sonst Aussicht hat, durch kriegerische Taten oder geistreiche Aussprüche auf die Nachwelt zu kommen, sollte doch dieser eine Satz ewig unvergessen bleiben. Der Ausspruch des Hofgenerals, daß ein Kaiser im Kriege besseres zu tun habe, als Tod oder Verwundung zu suchen, verdient allen denen gemeinstens eingeschärft zu werden, denen die Monarchie Opfer des Lebens und der Gesundheit als Selbstverständlichkeit zugemutet hat. Das Glanzstück auf Wilhelms frühlicher Geburtstagsfeier bildet die Begleitmitteil zu Pleßsens unvergänglichem Text.

Der liebe Gott darf durch den Wald gehen! Es geschehen doch noch allerhand Zeichen und Wunder. Vor einiger Zeit niedeten wir, daß gegen einen bekannten Berliner Kabarettisten wegen des Ausrufs „Der liebe Gott geht durch den Wald!“ Anklage wegen Gotteslästerung erhoben sei. Diese Worte fielen allabendlich, während ein Mann mit langem Bart durch den Zuhörerraum schritt. Allein, wir müßten uns verächtlich. Wie uns die Justizpressestelle Berlin mitteilt, ist erst jetzt die Anzeige bei der zuständigen Stelle der Staatsanwaltschaft I eingegangen. Sie hat jedoch nicht zur Erhebung einer Anklage geführt, vielmehr ist das Verfahren eingestellt worden, „weil in den genannten Worten eine beschimpfende Äußerung in Beziehung auf Gott nicht zu erblicken ist.“ — Wir stellen mit Genugtuung fest, daß die Vermutungen bereits bei der Staatsanwaltschaft obgesiegt hat. Unberührt davon bleibt freilich die unglücklich blamable Tatsache, daß es Menschen gibt, die wegen eines derartigen harmlosen Kabarettstückes zur Staatsanwaltschaft laufen.

Die Agrarier tagen.

Schiele fordert Selbsthilfe — in des Wortes verwegenster Bedeutung.

Im Zirkus Busch und im Großen Schauspielhaus das gewohnte Bild: alte Vieder ertönen, der unvermeidliche „Friedericus“, der „Präsentiermarsch“ und so fort. Abordnungen marschieren ein mit schwarzweißroten und provinziell-partikularistischen Fahnen unter schriller Verleugnung der Reichsfarben. Draußen warten die Privatautos der „notleidenden“ Landbundführer.

Man kennt diese Tagungen seit Jahren, aber man muß sagen, daß die Herren Schiele und Genossen sich in diesem Jahre sehr zurückgehalten haben. Trotzdem enthielt die Rede des früheren Reichsministers einige Worte, die höchst bedenklich sind. Was soll man zu dem stürmisch begrüßten Ausspruch sagen: „Regt euch zur Selbsthilfe in des Wortes verwegenster Bedeutung!“

Heißt das nicht eine förmliche Aufforderung zu Krawallen und Gefekwidrigkeiten, wie sie in Schleswig-Holstein und in der Provinz stattgefunden haben? Der frühere Reichsminister des Innern sagt weiter: „Niemand kann Ordnungswidrigkeiten verhindern, auch wir nicht, so bedauerlich sie auch sein mögen.“ Auch hier wieder dröhnte stürmischer Beifall, ein Beweis, daß die Zuhörer den Redner wohl verstanden und die Worte dahin deuteten: wenn wir rebellieren — Ihr werdet uns nicht hindern!

Zu erwähnen ist weiter, daß Herr Schiele von den „Mißerfolgen der Locarno-Politik“ sprach, die darauf zurückzuführen seien, daß sich die deutsche Gesamtpolitik — zu wenig auf das Landopfer stütze. Die Zusammenhänge sind zwar unklar, aber es sei daran erinnert, daß Herr Rittergutsbesitzer Schiele es war, der als Reichsminister des Innern im ersten Kabinett Luther nach dem Abschluß des Locarno-Vertrags bekannte: „Wenn ich gefragt werde, ob ich das Wort von Locarno billige, so antworte ich mit einem lauten und freudigen Ja!“

Belter sprach Schiele von der Ueberflutung Deutschlands durch die slawischen Einwanderer aus dem Osten; er vergaß aber, hinzuzufügen, daß gerade die Agrarier durch übermäßige Einstellung polnisch-russischer Saisonarbeiter aus Gründen der Lohnbrüderlei an dieser Ueberflutung seit Jahrzehnten die Hauptschuld tragen.

Nach Herrn Schiele sprach Herr Hepp, der Präsident des Reichslandbundes. Er forderte Abbau der bestehenden Steuern und Abhebung der Pläne des Reichsfinanzministers. Er erforderte das Wort vom „staatlichen Wohlstand“:

„Aus der sich täglich mehrenden Erkenntnis, daß dieser Staat Selbstzweck geworden ist und ein Eigenleben mit den Merkmalen des Luxus gegen die Lebensbedürfnisse des deutschen Staatsbürgers führt, wächst die innere Ablehnung gegenüber diesem Staat in weiten Kreisen, die nicht Kugler am Staat sind und es nicht werden wollen, die lebhaft mit ihrem eigenen Niedergang den staatlichen Wohlstand bezahlt haben. Der Bauer hat das Vertrauen zu diesem Staat verloren, er sieht in ihm seinen Feind.“

Wo im Notetat 1929 die Merkmale des Luxus sind, bleibt das Geheimnis des Herrn Hepp. Die Versammlungen nahmen drei Entschlüsse an: höhere Zölle — weniger Steuern — keine Reparationsleistungen mehr. Die Entschlüsse über die Reparationsleistungen lautet:

„Die Vertreterversammlung des Reichslandbundes gibt einmütig der Ansicht Ausdruck, daß auf Grund der bisherigen Gesamtleistungen Deutschlands wie auch angesichts seiner Leistungsfähigkeit eine weitere Zahlungsverpflichtung für uns nicht mehr besteht.“

Damit ist das politische Niveau dieser Rundgebungen wie der Landbundtagung charakterisiert.

Die Wirtschaft der Wirtschaftspartei.

Gegen — aber ...!

In diesen Tagen findet im Preussischen Landtag der Parteitag der Wirtschaftspartei statt. Es war nicht erst nötig, daß auf der öffentlichen Tagung am Sonntag der Reichstagsabgeordnete Professor Dr. Bredt betonte, die Partei sei auf „nationaler und christlicher Grundlage“ aufgebaut und habe deshalb in den Parlamenten auf der Rechten ihren Platz. Erstens weiß man das, und zweitens konnte man das auch daran erkennen, daß das Rednerpult mit einer schwarzweißroten Fahne geschmückt war, auf der man mit einiger Mühe auch eine sehr bescheidene schwarzgoldene Götze entdecken konnte. Man sagte also im Zeichen der besonders auf See gezeigten Handelsflagge und wollte wohl damit zum Ausdruck bringen, daß die Zukunft der Wirtschaftspartei auf dem Wasser liegt, wogegen sich schlechterdings nichts einwenden läßt.

Der Reichstagsabgeordnete Prof. Dr. Bredt hielt eine Einerseits-andererseits-Rede, in der er ausführte, die Wirtschaftspartei sei gegen den Locarno-Vertrag, aber sie habe ihm im Interesse Deutschlands zugestimmt. Sie sei gegen das Dawes-Abkommen, aber sie habe ihm zugestimmt, weil sonst die Währung nicht hätte stabilisiert werden können. Sie sei auch gegen die Völkerverbundspolitik, wenn man auch zugestehen müsse, daß, wenn schon ein Völkerverbund vorhanden ist, Deutschland auch einmal hineingehen müsse. Man sei eine christliche Partei, aber man heiße jeden willkommen, ohne nach Religion und Herkunft zu fragen.

Der Parteivorstand Reichstagsabgeordnete Drewnitz stimmte Barter Gilberts Behauptung in seinem letzten Bericht zu, Deutschland gestalte sich innenpolitische Ausgaben, die die Siegerstaaten sich nicht leisten können! Ueber diese Zustimmung der „nationalen“ Wirtschaftspartei wird der Reparationsagent zwar lächeln, aber sie ist doch charakteristisch. Von ähnlichem politischen Verantwortungsgefühl zeugte die Antwort des Herrn Drewnitz auf die Begrüßungsansprache eines Vertreters der Deutschen Gewerkschaften in der Tschechoslowakei. Herr Drewnitz sprach die Hoffnung aus, daß der Tag nicht mehr fern sei, wo die Deutschen in der Tschechoslowakei wieder Seite an Seite mit dem Rutenland kämpfen können. Ein Vertreter der „Deutschen Bürgerjugend“ forderte die Jugend dazu auf, länger als acht Stunden täglich zu arbeiten!

Auf der kommunalpolitischen Tagung, die sich dem Parteitag der Wirtschaftspartei anschloß, forderte am Montag Bürgermeister Dr. Baumgart-Dellisch, die Wirtschaftsparteier sollten sich in den Gemeindegremien als die Spatzelisten des Bürgertums betrachten! Ein Diskussionsredner erklärte: Die Kommunalvertreter würden bei Einführung in ihr Amt verpflichtet, es zum Wohl der Gemeinde auszuüben. Aber „in sich“ müsse jeder Wirtschaftsparteier die Einschränkung machen, daß die Kommunalpolitik zu Nutzen und Frommen der Gemeinde nur so weit gelte, als er im Interesse des Mittelstandes es verantworten könne!

Nichts gewußt!

Die „Rote Fahne“ und ihr Rundfunkheld.

Unsere Feststellungen über die Persönlichkeit des vielfach wegen gemeiner Verbrechen vorbestraften Rotfrontführers und Rundfunkhelden Scherlinst sind der „Roten Fahne“ im höchsten Grade unangenehm. Zeugnissen läßt sich nichts. Deshalb sammelt sie einiges, wie daß Scherlinstis Vorfragen der RFD. erst nach der Festnahme des Mannes durch die Polizei bekanntgeworden seien. Das wüßte auch der „Vormwärts“.

Wir wissen genau das Gegenteil. Wir wissen, daß es gerade in kommunistischen Kreisen, als Scherlinst mit seiner Tat zu renommieren begann, stärkste Entrüstung erregte, daß man einen solchen Mann mit einer derartigen Handlung betraut habe. Diese Entrüstung ist die eigentliche Ursache, daß die Lächerlichkeit des Sch. dann auch anderen Kreisen bekannt wurde. Der Scherlinst war, das wissen in der kommunistischen Partei die Späßen von den Dächern. Nur die brave Zentrale, nur sie hat nichts gewußt! Sie hat sich den Mann, dem sie den geladenen Revolver anvertraute, natürlich nach dem Gesichtspunkt der Harmlosigkeit und Friedfertigkeit ausgesucht.

Doch nach einer kurzen Abschüttung nimmt die „Rote Fahne“ bereits wieder für Scherlinst Partei, indem sie erklärt, daß derartige Vorfragen „kein politischer Einwand“ seien und fragt, ob denn einem Vorbestraften seine Vorfragen „in alle Ewigkeit“ vorgehalten werden sollten? In alle Ewigkeit gewiß nicht. Aus dem von uns veröffentlichten Strafenregister geht hervor, daß die Strafen des Sch. zwischen 1919 und 1925 liegen. Die letzte

Strafe aus dem Jahre 1925 lautete auf 2 1/2 Jahr Zuchthaus. Es kann sich also jeder selber berechnen, wie kurze Zeit Scherlinst aus dem Zuchthaus heraus war, als er sich an der Einführung des Genossen Schwarz beteiligte. Seine dreijährige Ehrverluststrafe ließ jedenfalls zu dieser Zeit noch.

Wir hätten trotzdem keinerlei Ursache, uns mit den Vorfragen des Herrn Scherlinst zu befassen, und würden sie ihm ebenso wenig vorhalten wie einen anderen, wenn man es nicht als eine äußerste Annahme empfinden würde, daß solche Leute sich öffentlich hervordrängen und politische Rollen in der Arbeiterschaft spielen wollen. Eine friedliche Existenz, Arbeit und Auskommen, sei jedem Vorbestraften gegönnt. Wenn sich aber gewohnheitsmäßige Einbrecher zu Führern der Arbeiterschaft aufschwingen wollen und gar noch Resolventenmethoden propagieren, dann wird immer von unserer Seite ein kräftiges „Hände weg“ ertönen.

Die Länderforderungen an das Reich.

Innere Reparation zugunsten der Länder unmöglich.

Die Konferenz der Länderfinanzminister beim Reichsfinanzminister wegen der Entschädigungsansprüche der Länder aus Post, Eisenbahn und Kriegsschäden, fand ihren Abschluß mit einer informativen Besprechung, die die Finanzminister der größeren Länder mit dem Reichsfinanzminister und dem Reichsfinanzminister hatten.

Wie aus parlamentarischen Kreisen hierzu noch verlautet, kann als Ergebnis der Konferenz festgestellt werden, daß die Länderansprüche insgesamt so hohe Milliardenbeträge umfassen, daß von einer Abfindung durch das Reich neben den Reparationsverpflichtungen gar keine Rede sein kann. Unter Berücksichtigung der Finanzlage des Reiches müsse eine auch unter politischen Gesichtspunkten tragbare Lösung gefunden werden, die auf die finanzielle Existenz des Reiches, insbesondere das Staatsdefizit Rücksicht nehme. Es gelte als nicht ausgeschlossen, daß eine Entschädigungsmöglichkeit auf dem Wege über den Finanzausgleich gefunden werde.

Elfaß und die deutsche Sprache.

Elfäßische Bekenntnisse in einem französischen Rechtsblatt.

Paris, 28. Januar. (Eigenbericht.)

Die nationalstische „Liberte“ veröffentlicht zurzeit eine Reihe von Briefen an einen Abgeordneten über das elfäßische Problem. Der Briefschreiber macht zunächst darauf aufmerksam, daß vor der Revolution von 1789 niemand daran gedacht habe, den Elfäßern die französische Sprache aufzuzwingen; der Sprachennationalismus sei ein Produkt der späteren Zeit. Frankreich, heißt es weiter, habe das Elfaß mit Gewalt erobert, Deutschland mit Gewalt wiedererobert und Frankreich schließlich mit Gewalt zurückeroberd. Die Urheber der Gewalt in der Geschichte könnten diese erst in Recht verwandeln, wenn sie sich hinterher Anerkennung, wenn nicht Liebe zu verschaffen müßten. Frankreich sei es nicht geglied, Deutschland sei an dieser Aufgabe gescheitert. Sollte Frankreich wieder scheitern? Die Sprache sei der tiefste Ausdruck der Volkseele, und gerade in den breiteren Volksschichten würden Versuche zu ihrer Ausrottung als Angriffe auf das Eigenste des Menschenlebens aufgefaßt. Heute sei es so, daß die Elfässer weder ordentlich deutsch noch französisch lernten. Ein elfäßischer Industrieller habe kürzlich geschrieben: „Man zieht uns eine Generation von Verdummten heran.“ Ein anderer Elfässer erklärte, Frankreich habe nicht das Recht, das Elfaß verderben zu lassen. Es sei kein Wunder, daß gerade angesichts dieses Zustandes die Intellektuellen mehr und mehr verzweifeln.

England und die indischen Arbeiter.

Einführung eines Studientomitees.

London, 28. Januar. (Eigenbericht.)

In der Aussprache, mit der Bizeigent Lord Fröing von Indien am Montag die indische gesetzgebende Versammlung eröffnete, wurde die Einführung eines Komitees angefündigt, dessen Aufgabe das Studium der Lebensbedingungen der Industriearbeiter in Indien sein soll. Lord Fröing teilte ferner mit, daß die Regierung entschlossen sei, der gesetzgebenden Versammlung nochmals den im vorigen Jahre abgelehnten Gesetzentwurf vorzulegen, der den Behörden die Möglichkeit zur Ausweisung ausländischer Kommunisten gegeben soll. Der Gesetzentwurf soll u. a. eine Klausel enthalten, nach der behördliche Organe ermächtigt sind, das von ausländischen Kommunisten zu Agitationszwecken nach Indien gefandte Geld zu konfiszieren.

Reichswehr-Reaktion-Republik

Was ist „Entpolitisierung“.

Von Dr. Julius Moses.

Die vom sozialdemokratischen Parteivorstand eingesetzte Kommission, die sich mit dem Wehrproblem beschäftigte, hat das Ergebnis ihrer Beratungen in „Richtlinien“ zusammengefaßt, die gegenwärtig lebhafter Erörterungen in der Presse bilden. Dabei wird in vielen Blättern die irrtümliche Bezeichnung „Wehrprogramm“ angewandt. Es sei bei dieser Gelegenheit immer wieder darauf hingewiesen, daß die Kommission weniger ein umfassendes sozialistisches Wehrprogramm an sich aufstellen wollte, wie es die Brüsseler Resolution in sich birgt, als vielmehr Richtlinien zu der gegenwärtigen Wehrpolitik. Der Unterschied braucht wohl nicht erst eingehend auseinandergelegt zu werden. Die Richtlinien der Kommission sind infolgedessen in erster Reihe dazu bestimmt, der jetzigen Wehrpolitik der demokratischen Republik einen den republikanischen und demokratischen Geboten entsprechenden Inhalt zu geben, die Wehrmacht des gegenwärtigen Staates mit demokratischem und republikanischem Geist zu erfüllen.

Der von uns aufgestellte Grundsatz: „Die Wehrmacht kann ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn sie in ihrem Denken und Fühlen mit dem Volke verbunden ist und sich — im Gegensatz zu allen militaristischen Tendenzen die auf die Beherrschung des Staates durch das Militär hinauslaufen — als dienendes Glied in die demokratische Republik einordnet,“ wird von der Presse der Reaktion als Versuch bezeichnet, die Reichswehr zu politisieren; in den einzelnen Forderungen, die die Kommission zur Durchführung dieses Grundsatzes aufstellte, sieht die Reaktion Mittel, „in der Reichswehr das sozialdemokratische Parteibuch zur Herrschaft zu bringen, in der Reichswehr ein Werkzeug für sozialdemokratische Parteiziele zu erhalten usw.“ Mit all diesem grotesken Unsinn, der nur ein Beweis dafür ist, wie hilflos die reaktionäre Presse den „Richtlinien“ gegenübersteht, will ich mich hier nicht weiter beschäftigen. Wohl aber muß endlich Klarheit darüber geschaffen werden, ob eine Entpolitisierung oder eine Politisierung der Reichswehr notwendig ist.

Die Reaktion vertritt die Ansicht, die Wehrmacht müsse entpolitisiert bleiben, die sozialdemokratischen Richtlinien seien zu verwerfen, da sie die Reichswehr politisieren wollen. Was heißt in diesem Falle entpolitisieren und politisieren? Die Reaktion liebt es, mit diesen Begriffen nach Belieben zu jonglieren. Sie versteht unter einer entpolitisierten Reichswehr eine Organisation, die ganz auf der politischen Ideologie des konservativen Bürgerturns aufgebaut ist. Die bürgerlich politisierte Reichswehr gilt in ihren Augen als entpolitisiert. Dem reaktionären Bürgerturn steht als Musterbild der entpolitisierten Wehrmacht das alte kaiserliche Heer vor Augen. Ebenso „unpolitisch“ wie die Armee der Monarchie gewesen war, sollte nach seinen Wünschen auch die Wehrmacht der Republik sein. Eine durchaus mehrfache Argumentation. Das alte Heer war die stärkste Stütze des monarchischen Staates. Es war durch und durch monarchistisch politisiert. Beweise hierfür heizubringen, erübrigt sich; Geist und Gesinnung des alten Heeres waren auf die Verteidigung des monarchischen Prinzipals eingestellt. Wurde im kaiserlichen Heer ein Republikaner geduldet? Durfte der Sozialismus als Weltanschauung von Armeangehörigen ungestrast öffentlich bekant werden? War nicht die Erlangung militärischer Würden antimonarchistisch Bekannern verschlossen? War nicht die kaiserliche Armee nach den Worten ihres „Obersten Kriegsherrn“ die stärkste Waffe des kaiserlichen Staates gegen den „äußeren und inneren Feind“? Der innere Feind waren die Sozialisten! Die „Entpolitisierung“ des alten Heeres war eine frohe Frittion. Kein Teil des monarchistischen Staatsorganismus war im Sinne des Klassenstaates so streng politisiert wie das alte Heer.

Es ist deshalb nur allzu begreiflich, daß gerade die Gegner der jetzigen demokratischen Republik den Ruf nach einer „Entpolitisierung“ der Reichswehr erheben. Ihr Streben ist es, die Reichswehr in dem gleichen Sinne zu „entpolitisieren“, wie dies beim kaiserlichen Heer der Fall gewesen war. Der antidemokratisch-republikanische Geist des alten Heeres soll auch in die Wehrmacht der Republik übertragen werden. Die Reichswehr soll auch weiterhin die Traditionen der monarchistischen Wehrmacht übernehmen, die Republik soll in ihrer Wehrmacht einen Feind erhalten, mit dessen Hilfe man der einst die republikanische Verfassung wieder stürzen zu können glaubt. Das versteht die Reaktion unter dem Begriff „Entpolitisierung“.

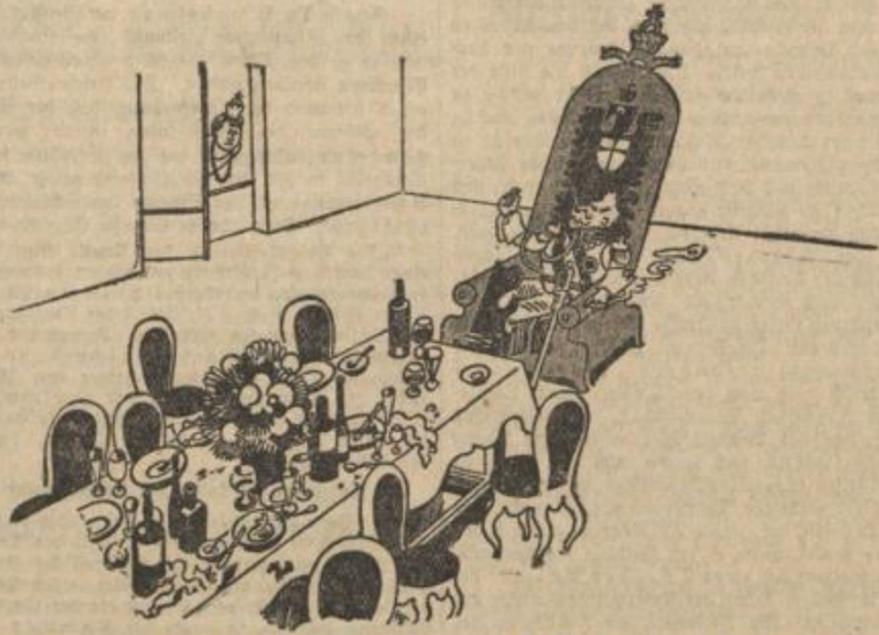
Wir aber wollen eine Politisierung der Reichswehr. Wir wollen das selbe Ziel erringen, das die Organisatoren des alten Heeres vor Augen hatten; wir wollen die Reichswehr im republikanischen Sinn politisieren oder besser gesagt: wir wollen sie im republikanischen Geist ebenso „entpolitisieren“, wie das kaiserliche Heer einst entpolitisiert war. Was dem einen recht ist, muß dem anderen billig sein. Ebenso wie sich die Monarchie in ihrer Wehrmacht ein zuverlässiges Instrument zur Verteidigung ihrer Verfassung zu schaffen bestracht war, so wollen auch wir uns in der Reichswehr ein Instrument zur Verteidigung der republikanisch-demokratischen Staatsform schaffen. Wir wollen verhindern, daß unter der falschen Flagge der „Entpolitisierung“ der Geist der kaiserlichen Reaktion das republikanische Heer beherrscht.

Alle Forderungen, die die Sozialdemokraten zu diesem Zweck aufgestellt haben, sind mit entgegengesetzten Vorzeichen bereits im kaiserlichen Heer verwirklicht gewesen. Wir verlangen als Republikaner nicht mehr, als was die Monarchisten einst in der alten, angeblich unpolitischen Armee in ihrem Sinn zu obersten Zeitungen erhoben haben.

Nur eine besonders große Verlogenheit der Reaktion, die mit der Vergeßlichkeit ihrer Anhänger rechnet, kann die Behauptung aufstellen, das alte Heer sei unpolitisch gewesen, das Bestreben der Sozialdemokraten gehe aber nach parteipolitisch Durchdringung der Reichswehr. Gewiß, wir wollen die Reichswehr politisieren: aber nicht, wie die reaktionäre Verlogenheit es hinzustellen beliebt, im parteipolitischen, sondern im staatspolitischen Sinn. Gerade die Leute, die keine Identität zwischen Staat und Verfassung anerkennen, für die die Staatsform eine Frage zweiter Ordnung ist, die zwar der Reichswehr die Pflicht zuerkennen, den Staat zu schützen, aber nicht seine Verfassung: politisieren nach unserer Auffassung die Reichswehr in ganz einseitiger Weise. Wir

Nach der Geburtstagsfeier.

Hermine weigerte sich, mit Wilhelms Verwandten, die sie nicht für voll ansehen, an der Geburtstagsfeier zu sitzen und ließ sich „französisieren“.



Wilhelm: „Hermine, laßst reinkommen! Die andern sind gegangen.“

Polnisches Mißtrauensvotum abgelehnt.

Die Sozialisten lehnen Führung durch die Rechte ab.

Warschau, 28. Januar. (Eigenbericht.)

Im Sejm stand ein Mißtrauensantrag der Rechten gegen den Justizminister zur Debatte. Vor der Aussprache erklärte Ministerpräsident Bartel, daß die Regierung sich mit dem Justizminister im Falle der Annahme des Mißtrauensantrages solidarisch zeigen werde.

Im Namen der Sozialisten äußerte Kjedziakowski, der in Form eines Mißtrauensantrages von der Rechten heraufbeschworene Konflikt mit der Regierung sei völlig nebensächlich. Die Sozialistische Partei werde sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten, da sie nicht wünsche, den Kampf zwischen

dem Parlament und der Regierung unter Führung der Rechten geraten zu lassen. Die Opposition der Sozialistischen Partei unterschiede sich von derjenigen der Nationaldemokraten vollkommen. Die Sozialisten würden ihre oppositionelle Haltung bei der Budgetberatung begründen.

Das Mißtrauensvotum wurde schließlich mit 96 Stimmen des Regierungsbloks gegen 84 Stimmen der Rechten und eines Teiles der Minderheiten bei zahlreichen Enthaltungen abgelehnt. Auch die deutsche Fraktion hat sich aus den gleichen Gründen enthalten wie die PPS. Der Schwerpunkt des latenten Konfliktes ist somit in die Debatte über den Haushalt verschoben.

aber wollen die Forderung stellen: Der Republik eine republikanische Wehrmacht!

Es besteht leider kein Zweifel, daß es der Reaktion gelungen ist, in den ersten Jahren der Republik die Reichswehr der republikanischen, staatsreuen Bevölkerung zu entfremden. Ungestrast durfte die Reichswehr in den Traditionen und Grundsätzen des alten kaiserlichen Heeres weiter entwickelt werden. Jeder Versuch, der Republik zu geben, was ihr gebührt, wird mit pharisäerhaftem Geschrei als „Versuch zur Politisierung“ bezeichnet. Die Sozialdemokratie ist nicht mehr gewillt, dieses Gaukelspiel weiter zu buhlen. Sie will das „entpolitisierte“ Heer republikanisch politisieren! Oder, wenn man mit Worten spielen will, wie dies die Reaktion beliebt: Sie will die Reichswehr im republikanischen Sinn nicht anders politisieren, als wie die Reaktion im kaiserlichen Staat das kaiserliche Heer politisiert hat. Kennt es entpolitisieren, nennt es politisieren! es ist ein Spiel mit Worten. Die Reichswehr ist in ihrem jetzigen Geist, in ihrer jetzigen Zusammensetzung noch nicht jene starke Waffe, die die Republik im Kampfe gegen ihre Feinde (Wilhelminische Terminologie) benötigt. Der Republikanisierung der republikanischen Reichswehr dienen in erster Reihe die Richtlinien.

Wenn die Reaktion glaubt, es liege eine Politisierung darin, daß man Monarchisten den Zutritt in die Reichswehr sperrt, so hat sie nicht unrecht. Die Republik begehrt einen selbstverständlichen Akt der Selbsterhaltung, wenn sie ihren inneren Gegnern die Aufnahme in ihre Wehrmacht verweigert. Das gleiche tat ja auch die Monarchie. Damals fanden es die Herren Reaktionäre selbstverständlich, heute — unter umgekehrten Verhältnissen — entdecken sie ihre staatsbürgerliche Freiheitsliebe. Leider bedarf es eines mächtigen Kraftaufwandes, um die Reichswehr der Umklammerung der Reaktion zu entreißen. Die Rekrutierung nimmt den Nachwuchs noch immer zu einem großen Teil aus den Kreisen der reaktionären Wehrverbände, junge Leute, deren Familien republikanischer Gesinnung verdächtig sind, werden vielfach zurückgewiesen. Bei Gelegenheiten, bei denen es sich um die Huldigung für die kaiserliche Vergangenheit und um eine Demonstration gegen die republikanische Gegenwart handelt, kann man Reichswehrleute anwesend sehen. Das traditionelle Band zwischen kaiserlichem Heer und Reichswehr darf nicht zerschnitten werden — im Interesse der Republikanische. Wir zweifeln nicht daran, daß der gegenwärtige Reichswehrminister vom besten Willen befeuert ist, die Reichswehr von allen diesen Uebelständen zu befreien, aber es liegt an dem System, am Geist, daß dem heute noch nicht so ist. Eine durchgreifende Aenderung kann nur erfolgen, wenn das geschieht, was wir mit unseren Richtlinien anstreben: Eine republikanische Politisierung. Oder, wenn es besser klingt: eine „Entpolitisierung“ von der Reaktion“. Die Herren Tartüffes auf der Rechten mögen sich nach Belieben bedienen.

Ein neues Opfer der Frau Hanau.

Selbstmorddrama an der Riviera.

Paris, 28. Januar. (Eigenbericht.)

Im Skandal der „Gazette du Franc“ ist am Sonntag ein blutiger Zwischenfall zu verzeichnen. Der Gatte der inhumsten Freundin der Frau Hanau, der Kaufmann Josef, hat am Sonntag in einem Hotel in Mentons Selbstmord verübt.

Frau Josef war anfänglich an den Unternehmungen der Frau Hanau mit einer Million beteiligt, hatte sich dann aber mit ihr überworfene und ihre Einlage zurückgezahlt erhalten. Beim Ausbruch des Skandals stellte sie den Betrag dem Untersuchungsrichter sofort zur Verfügung, da sie, wie sie erklärte, an dem Unglück der Opfer der „Gazette“ den gleichen Anteil haben wollte. Augenscheinlich ist ihre diese Zahlung aber nicht leicht gefallen, denn ihr Gatte konnte in Mentone seine Hotelrechnung mehrfach nicht bezahlen. Er nun mit seinem Hotelier Streit erzielte, griff er in dessen Unwesenheit zum Revolver und schloß sich eine Kugel durch den Kopf.

Wo ist der Zucker?

Paris, 28. Januar. (Eigenbericht.)

Am Montag fand das erste Verhör des verhafteten Professors Polier, des Direktors der Zuckerrirma, statt, die sich auf Grund des Naturallieferungsverfahrens etwa 80 Millionen zu erschwindeln wußte. Man hofft, noch einen Teil des beiseitegeschafften Zuckers retten zu können. Außerdem wird behauptet, daß Polier noch einen Scheck auf 12 Millionen besitzt, der sich in einem der Safes befinden soll, die nicht geöffnet werden konnten, weil Polier angeblich die Schlüssel vergessen hatte.

Hungersnot in Kaufasien.

Zufuhrwege tief verschneit.

Angora, 28. Januar. (Eigenbericht.)

Der „Dschumburjet“ meldet aus Kaufasien, daß dort infolge des strengen Winters eine schwere Hungersnot ausgebrochen ist. Zahlreiche Menschen sind aus Nahrungsmangel bereits gestorben. Eine von der Sowjetregierung eingeleitete Hilfsaktion hat mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, da die Zufuhr von Lebensmitteln auf den verschneiten Bergwegen fast unmöglich ist.

Räumungskonflikt im fernen Osten.

Die Japaner in Schantung.

Schanghai, 28. Januar. (Vom WTB-Sonderberichterstatter.)

Obwohl die Gerüchte über vollkommenen Stillstand oder Abbruch der sinesisch-japanischen Verhandlungen nach verkrüßt erscheinen, wird der Ausgang dieser Verhandlungen im zunehmenden Maße pessimistisch beurteilt. Man ist der Ansicht, die letzte Entsendung bestätige die früher aufgetauchte Vermutung, daß die Entsendung des japanischen Gesandten in Peking Yokohama nach Hantau hauptsächlich aus Rücksichten der japanischen inneren Politik erfolgt sei, um über die Parlamentssession hinwegzukommen. Japan hält, wie man glaubt, an der Forderung fest, daß China sich wegen des Zwischenfalls von Tsinfanfu entschuldigen und Schadenersatz leisten müsse. Es weigerte sich ferner, für die endgültige Räumung Schantung ein Datum festzusetzen. Dagegen sei die früher von Japan aufgestellte Forderung, daß China für die Sicherheit des japanischen Lebens und Eigentums in Schantung die notwendigen Garantien bieten müsse, bereits durch eine Erklärung des chinesischen Außenministers und eine ähnliche, allerdings inoffizielle Erklärung des Kriegsministers erfüllt. Die Peking-Regierung soll weiter an dem Standpunkt festhalten, daß sie keine formellen Verhandlungen führen kann, so lange Japan kein festes Datum für die Räumung von Schantung festsetzt.

Beamtenausschüsse der Polizei.

Ein Schritt zur Demokratisierung der Verwaltung.

Von Fritz Tejessy.

Die Beamtenbewegung ist den Spuren der Arbeiterbewegung gefolgt. Wie diese, hat sie zwei verschiedene Organisationsformen entwickelt, bloß mit dem Unterschied, daß man bei den Arbeitern von Gewerkschaften und Betriebsräten, bei den Beamten von Verbänden und Beamtenausschüssen spricht. Natürlich ist das nicht der einzige Unterschied, aber es ist gerade für den Arbeiter wichtig zu wissen, daß der Schuttpolizist im grünen oder blauen Rock in dem Beamtenausschuß für dieselben Aufgaben kämpft, wie er in den Betriebsräten. Im Einkommen besteht ein wesentlicher Unterschied zwischen dem Arbeiter und dem Straßenpolizisten nicht, und wenn auch die rechtlichen Verhältnisse anders liegen, so zeigt doch das angezogene Beispiel die große Ähnlichkeit in der Entwicklung.

Während aber das Betriebsrätegesetz seit langen Jahren wertvoller Besitz der deutschen Arbeiterschaft ist, entbehrt die deutsche Beamtenenschaft noch immer der Ausführung des Versprechens, das die Reichsverfassung in Artikel 130 gegeben hat, als sie im dritten Absatz anordnete: „Die Beamten erhalten noch näherer reichsgesetzlicher Bestimmung besondere Beamtenvertretungen.“ Zwar ist bald nach dem Umsturz durch Staatsministerialbeschlüsse der preussischen Beamtenenschaft, die zahlenmäßig einen großen Teil der deutschen Beamtenenschaft darstellt, ein Beamtenausschußrecht gegeben worden, doch waren auch das nur ganz grobe Richtlinien, enthielten keine Einzelbestimmungen und konnten daher den daraufhin eingerichteten Beamtenausschüssen nicht jene rechtliche Sicherheit gewähren, der gerade ein Beamtenausschuß den Vorgesetzten gegenüber bedarf, wenn er zur Geltung kommen will. Diese Schwierigkeiten machten sich zuerst bei der Polizei bemerkbar, weil da ein besonderer Schutz der Untergebenen infolge der erhöhten Disziplin nötig ist. In Versuchen, die Richtlinien des Staatsministeriums für die Polizei zu spezialisieren und auch dem langjährigen Umbildungsprozeß, dem die preussische Polizei unterworfen war, anzupassen, fehlte es nicht, doch war es zu einer umfassenden, klaren Regelung bisher nicht gekommen. Schuld daran war auch, daß im Reich während dieser ganzen Jahre ein Entwurf für ein Beamtenvertretungsgesetz, also eine Art Betriebsrätegesetz für die Beamten, beraten, aber nicht verabschiedet wurde. Ein derartiges Reichsarbeitsgesetz hätte natürlich alle Speziallösungen der Länder aufgehoben und eine neue Anpassung der Länderbestimmungen erfordert. Man wartete also und wartete, bis schließlich nicht mehr erwartet werden konnte und wenigstens für die Schuttpolizei, ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt der Reichsregelung, neue Bestimmungen über die Bildung und Aufgaben der Beamtenausschüsse erlassen werden mußten.

Wenn in diesen Tagen die bereits im Hauptausschuß des Preussischen Landtages bei der Beratung des Etats des Preussischen Ministeriums des Innern angeforderten Beamtenausschüsse fest in die Bestimmungen erscheinen, so ist damit die Hoffnung, daß das Reich trotzdem alles daran setzt, um das Reichsbeamtenvertretungsgesetz möglichst bald an die gesetzgebenden Körperschaften zu leiten, nicht aufgegeben, sondern es wird vielmehr die Hoffnung gehegt, daß die Erfahrungen, die mit den neuen Bestimmungen bei der Schuttpolizei gemacht werden, bei der Beratung im Reich von Wert sein dürften. Um den preussischen Versuch möglichst im Rahmen der Reichsbeamtenpolitik zu halten, sind die neuen Bestimmungen auf jenen Teil der preussischen Beamtenenschaft beschränkt geblieben, bei dem die Neuregelung der Beamtenausschüsse nicht mehr auszuführen war, und außerdem stimmt der grundlegende Ministerialerlaß zum Teil wörtlich überein mit den Beschlüssen, die der Reichstag in zweiter Lesung vor den letzten Reichstagswahlen beim Beamtenvertretungsgesetz gefaßt hat.

Der Regiererrat spricht ausdrücklich von einer vorläufigen Lösung, um über jeden Zweifel herauszuheben, daß Preußen für die Schuttpolizei kein geringeres Beamtenausschußrecht verlangt, als es das kommende Reichsbeamtenvertretungsgesetz geben wird.

Nach dem neuen Erlaß sind von nun an die Beamtenausschüsse auf Grund des geheimen, gleichen, direkten, unmittelbaren Verhältniswahlrechts auf die Dauer von zwei Jahren zu wählen. Jeder Beamte hat das aktive und passive Wahlrecht.

Um jedoch eine Majorisierung zu vermeiden, werden zweierlei Beamtenausschüsse gewählt werden müssen, und zwar einer für die Polizeioffiziere, Polizeiobermeister und -meister und einer für die Polizeiwachmeister. Diese Zweiteilung war deshalb nötig, weil die Wahlen zum Beamtenausschuß von anderen Voraussetzungen ausgehen, als politische Wahlen. Während bei etwa den Reichstagswahlen selbstverständlich jeder wahlberechtigter Staatsbürger das gleiche Wahlrecht hat und wir darin einen Pfeiler der Demokratie sehen, fehlt bei den Beamtenausschußwahlen die Voraussetzung der rechtlichen Gleichheit aller Wahlberechtigten. Der Polizeioffizier unterliegt einem anderen Rechtsverhältnis als der Polizeiwachmeister. Außerdem ist der Beamtenausschuß eine Stelle, die Gutachten abzugeben, aber nicht Anordnungen zu treffen hat. Solche Gutachten haben nur einen Wert, wenn gerade die interessierten Beamten an dem Gutachten mitwirken konnten. Die Zweiteilung der Beamtenausschüsse, die der Erlaß vorsieht, soll diese Voraussetzung sichern. Dadurch aber, daß der Schnitt gerade zwischen den Polizeihauptwachmeistern und den Polizeimeistern geführt worden ist, vermeidet der Erlaß die Bildung klassenbetonter Offiziersbeamtenausschüsse und gibt außerdem dem Polizeiobermeister, der in seinen Funktionen Stellvertreter des Polizeioffiziers zu sein pflegt, eine gemeinsame Vertretung mit dem Beamten, den er zu vertreten hat. Selbstverständlich muß bei einer solchen Zweiteilung die Zuständigkeit jedes der beiden Beamtenausschüsse scharf umrissen und jede gemeinsame Beschlussfassung unterbunden sein, da sonst Streitigkeiten an der Tagesordnung wären und bei gemeinsamer Abstimmung Beamtenausschußmitglieder, die auf Grund einer verschiedenen Verhältniswahl gewählt worden sind, gleichberechtigt wären.

Aus dem sehr umfangreichen Tätigkeitsgebiet der Beamtenausschüsse sei vor allem hervorgehoben, daß sie, falls der beteiligte Beamte nicht ausdrücklich darauf verzichtet, vor Kündigung des Dienstverhältnisses, vor Verhängung einer Ordnungsstrafe, im förmlichen Disziplinarverfahren nach Abschluß der Voruntersuchung zu hören sind. Außerdem haben sie mitzuwirken bei all den Bestimmungen, durch die der Betrieb der Dienststelle geregelt wird, bei Anstellung der Dienststundenpläne, des jährlichen Urlaubsplanes, bei der Schaffung und Verwaltung der Wohlfahrtsvereine sowie auf Antrag der beteiligten Beamten bei Unfalluntersuchungen, bei Verletzung in den Ruhestand, bei Urlaubsverweigerung, bei Unterstufungsgesuchen, bei der Zuteilung von Dienstwohnungen usw.

Die Demokratisierung der Verwaltung im allgemeinen und die der Schuttpolizei im besonderen hat mit dem neuen Erlaß des Preussischen Innenministers einen starken Schritt vorwärts getan. Die neuen Bestimmungen über Beamtenausschüsse in der Schuttpolizei sind die stärkste Überlegung des kommunalistischen Gedankens über Militarismus in der Schuttpolizei und ein beachtenswerter Beitrag zur kommenden Magdeburger Wehrdebatte.

Wende im Schlichtungswesen?

Folgen des Reichsarbeitsgerichtsurteils.

Genosse Dr. Singheimer veröffentlicht im zweiten Morgenblatt der „Frankfurter Zeitung“ vom Sonntag einen Artikel, in dem er zu dem Urteil des Reichsarbeitsgerichts im nordwestlichen Eisenreit Stellung nimmt. Das Reichsarbeitsgericht hat zwar den ersten Einwand der Unternehmer, daß der Schiedspruch nur mit der Stimme des Vorsitzenden gefällt worden sei, zurückgewiesen, aber, was aus den Berichten nicht klar hervorging, gleichzeitig in der Urteilsbegründung gefaßt, daß die Fällung eines Schiedspruches mit der Stimme des Schlichters allein nicht zulässig sei. Dazu schreibt Genosse Singheimer:

„Die Hauptbedeutung des Urteils liegt nicht darin, daß es einen konkreten Rechtsstreit entschieden, sondern über ein bisher im Schlichtungswesen herrschendes Prinzip den Stab gebrochen hat. Dieses Prinzip ist in § 21 Abs. 5 der Ausführungsverordnung über das Schlichtungswesen enthalten. Danach hat die Stimme des unparteiischen Vorsitzenden zu entscheiden, wenn bei der Abstimmung in der Schlichtungskammer eine Mehrheit nicht zu erzielen ist. Man weiß, daß bisher viele Schiedsprüche durch den Stimmentscheid des Vorsitzenden zustande gekommen sind, namentlich die vielen Arbeitszeitabkommen, die nach dem Abbruch des Ruhrkampfes

Die Arbeitszeit zu Lasten der Arbeitnehmer beträchtlich erhöht

haben. Viele Tarifverträge, die heute noch laufen, haben ihre rechtliche Grundlage in dem Stimmentscheid des Vorsitzenden.

Die Arbeitgeberseite hat sich um die Ungültigkeit des § 21 Abs. 5 darzulegen, auf § 5 Abs. 4 der Schlichtungsverordnung berufen. Dort heißt es: „Kommt vor der Schlichtungskammer keine Einigung zustande, so macht die Kammer den Parteien einen Vorschlag für den Abschluß einer Gesamtvereinbarung“ (Schiedspruch). Da der Schiedspruch von der Kammer ausgehen müsse, könne ihn nur die Mehrheit in der Kammer herbeiführen. Sollte die Ausführungsbestimmung einen Schiedspruch ohne Mehrheitsentscheidung zu, so verstöße sie gegen die Grundbestimmung in § 5 der Schlichtungsverordnung.

Das Reichsarbeitsgericht hat sich der rechtlichen Auffassung der Arbeitgeberseite völlig angeschlossen.

Es hat der Bestimmung des § 21 Abs. 5 der Ausführungsverordnung die Rechtsgültigkeit abgesprochen. In diesem Auspruch liegt das Schwergewicht des Urteils.

Bringt man diesen Inhalt des Urteils, so kann keine Rede davon sein, daß die Arbeitnehmerseite wenigstens in der Frage des Stimmentscheids des Vorsitzenden gestiftet habe. Das Gegenteil ist richtig. Der Sieg der Arbeitgeberseite war auch in diesem Punkte ein vollkommener. Sie hat die Genehmigung, nicht nur den Schiedspruch, sondern auch

ein Kernstück des geltenden Schlichtungswesens beseitigt

zu haben. Denn darüber muß man sich im klaren sein, daß das Urteil des Reichsarbeitsgerichts durch die Ungültigkeitserklärung der auf den Stimmentscheid des Vorsitzenden bezüglichen Ausführungsbestimmung einen Lebensnerp des geltenden Schlichtungswesens getroffen hat. Von jetzt ab kann kein Schiedspruch mehr durch einen Stimmentscheid des unparteiischen Vorsitzenden zustandegebracht werden. Wenn sich die Gruppen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Schlichtungskammer auf einen bestimmten Schiedspruch nicht einigen, so muß der unparteiische Vorsitzende

entweder vollinhaltlich einem Gruppenstandpunkt zur Mehrheit verhelfen oder feststellen, daß die Schlichtung gescheitert ist. . . . Die Folge davon ist eine

Förderung der Arbeitskämpfe.

In allen Fällen, in denen eine Einigung zwischen den Gruppen in der Schlichtungskammer nicht zustande kommt und auch der Vorsitzende keinem der Gruppenstandpunkte beitreten kann, gibt es kein Mittel mehr, den Ausbruch des Arbeitskampfes rechtlich zu verhindern. Wie wird sich erfahrungsgemäß ein solcher nicht endgültig geschlichteter Arbeitskampf abspielen? Die beiden Gruppen werden ihre Kräfte messen. Millionen werden geopfert. Die Wirtschaft wird erschüttert, Elend und Not brechen über Tausende herein. Das Ende aber wird eine Vereinbarung sein, durch die sich die streitenden Parteien, meistens mit Regierungshilfe, dem Spruch eines unparteiischen Vorsitzenden unterwerfen. Der Arbeitskampf wird mit einem Ergebnis enden, dessen Herbeiführung bis heute vor dem Ausbruch des Arbeitskampfes möglich war. Der Unterschied liegt darin, daß bisher der Schiedspruch ergeben konnte, bevor jene Opfer gebracht waren, während von jetzt ab in solchen Fällen ein Schiedspruch erst ergebn wird,

nachdem jene Opfer gebracht sind.

Dazu kommt die Verschlechterung der Rechtslage der Arbeitnehmer. Sie wird in Zeiten niedergebender Konjunktur fühlbar werden. Bisher war es möglich, durch verbindlich erklärten Schiedspruch den Arbeitnehmer vor den schlimmsten Rückwirkungen der Krise zu bewahren. Infolge des Stimmentscheids des Vorsitzenden ist diese Möglichkeit nicht mehr vorhanden. Die Schlichtung versagt, wenn sie für den Arbeitnehmer am nötigsten ist.

Soweit Genosse Singheimer. Es ist zwar sicher, daß nicht das Urteil, sondern seine Begründung künftig die Schlichter davon abhalten wird, einen Schiedspruch zu fällen, wenn eine Mehrheit nicht zustandekommt. Praktisch vermögen wir jedoch den Pessimismus des Genossen Singheimer nicht zu teilen. Es ist richtig, daß sich die Praxis im Schlichtungswesen in den letzten Jahren infolge geändert hat, als die Parteien bzw. deren Vertreter in der Schlichterkammer sich immer weniger geneigt zeigten, einem Vermittlungsvorschlag des Schlichters beizutreten. Nichts kann aber bei günstiger Konjunktur die Unternehmerrbeitsleiter in der Schlichterkammer daran hindern, einem Vermittlungsvorschlag des Schlichters zuzustimmen, wie auch umgekehrt nichts die Arbeiterbeisitzer daran hindern kann, bei ungünstiger Konjunktur dasselbe zu tun. Beide Parteien werden nur bestrebt sein, den Schlichter möglichst für ihren Standpunkt zu gewinnen, bzw. möglichst viel herauszuschlagen.

Es ist allerdings wahrscheinlich, daß die Folge des Urteils des Reichsarbeitsgerichts eine Steigerung der Wirtschaftskämpfe sein dürfte. Wie umfangreich diese Steigerung sein wird, kann erst die Erfahrung lehren. Freilich läßt sich das durch eine einfache Änderung der Schlichtungsverordnung verhindern. Es braucht eben nur der Absatz 5 des § 21 der Ausführungsverordnung in die Schlichtungsverordnung übernommen werden, und die Herren Formaljuristen im Reichsarbeitsgericht werden befriedigt sein.

Lohnkonflikt in den Walzwerken.

Kündigung des Lohnabkommens.

Der Metallarbeiterverband hatte zu Sonntagvormittag nach dem „Bürgerpark“ in Oberschöneweide eine Versammlung der Walzwerker in der im Südosten Berlins gelegenen Betriebe unterhalten, die sehr gut besucht war. Nach einem Vortrag des Genossen Winguth vom Metallarbeiterverband über die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft, in dem er besonders die Lage der deutschen und amerikanischen Arbeiter miteinander verglich, gab der Branchenleiter Schoodt einen Bericht über die Verhältnisse in den Walzwerkbetrieben.

Schoodt kritisierte besonders scharf das Verhalten der Unternehmer in dieser Industriebranche in der Auslegung des im vorigen Jahre neugeschaffenen Lohntarifes für die Berliner Metallindustrie. Die Unternehmer bereiteten die größten Schwierigkeiten bei der Eingruppierung der Walzwerker und waren bestrebt, den größten Teil dieser Arbeiter als ungelernete Arbeiter zu bezahlen. Trotz wiederholter Verhandlungen mit dem BMRJ konnte nur selten eine Uebereinstimmung zwischen den Vertragsparteien erzielt werden. Wegen dieser ewigen Streitigkeiten müsse versucht werden, die Bestimmungen über die Eingruppierung genauer festzulegen. Einmal aus diesem Grunde, zum anderen aber auch, weil die in dem Lohnvertrag vereinbarten Löhne zu niedrig sind, empfahl er der Versammlung, für die Kündigung des Lohntarifes zu stimmen.

Nach einer eingehenden Diskussion, in der u. a. lebhaft Klage darüber geführt wurde, daß die Unternehmer für die schwere und gefährvolle Arbeit an den Maschinen Frauen zu beschäftigen anfangen, beschloß die Versammlung einstimmig, der Organisation die Kündigung des Lohnabkommens zum 31. März zu empfehlen. Die endgültige Entscheidung über die Kündigung des BMRJ-Lohntarifes trifft jedoch erst die Konferenz der Gesamtfunktionäre der Berliner Metallindustrie, die in der nächsten Zeit stattfindet.

Mißstände im Bergbau.

Revierprämien und Bergwerkschulen.

Der Bergbauindustriellerverband hat eine scharfe Kampagne für die Abschaffung der Revierprämien im Bergbau eröffnet, die zu einem üblen und verhängnisvollen Antriebsystem ausgewachsen ist. Der preussische Handelsminister hat auf den Staatsjeden die Revierprämien schon vor einigen Jahren verboten, ohne daß die Abschaffung der Prämien die Betriebsergebnisse ungünstig beeinflusst hätte.

Weiter fordert der Bergbauindustriellerverband, die Bergwerkschulen dem Einfluß der Unternehmer zu entziehen und zu verstaatlichen. Die zur Schulentlassung kommenden jungen Steiger sollen nach dem Vorschlag des Verbandes den Oberbergämtern zugewiesen und von da aus auf Anforderung nach den einzelnen Bergbaurevieren verwiesen werden. Die Bergämter hätten dann ihre Steiger bei dem für sie zuständigen Bergrevier anzufordern. Das Verfügungsrecht über die der Bergbaubehörde verantwortlichen Personen, also vornehmlich der Steiger und Betriebsführer, ginge dann von der Betriebsverwaltung auf die Bergbaubehörde über. Eine Sache könnte also bei einem solchen Systeme keine Steiger mehr maßregeln oder entlassen, son-

dern nur beim Bergbaurevier Klage einreichen und den Antrag auf Bestrafung oder Abberufung des betreffenden Beamten stellen. Solche Anträge wären vom Disziplinarausschuß unter Mitwirkung von Beisitzern aus Gewerkschafts- und Unternehmerkreisen zu erledigen.

Lohnbewegung der sächsischen Gemeindefabrikarbeiter.

Die Lohnverhandlungen am 25. Januar mit dem Arbeitgeberverband sächsischer Gemeinden sind nach vierstündiger Dauer gescheitert. Der Arbeitgeberverband machte den Vorschlag, die jetzige Lohnvereinbarung bis 31. März dieses Jahres zu verlängern, wobei er erklärte, die dann, d. h. bei den Verhandlungen im März, zustande kommenden Löhne ab 1. Februar nachzahlen. Die Landesratifikation der Gemeindefabrikarbeiter war geneigt, diesem Vorschlag beizutreten, aber nur dann, wenn den Arbeitern für Februar und März eine Abfindungssumme gezahlt werde. Die Höhe dieser Summe sollte Gegenstand der Verhandlung sein. Diesen Gegenstand lehnte merkwürdigerweise der Arbeitgeberverband nach sehr langer Sonderberatung unter sich ab. Er könne auch seinen anderen Vorschlag unterbreiten und erklärte damit die Verhandlungen für gescheitert; es müsse nunmehr die tariflich vorgesehene Beiratschlichtungsstelle angerufen werden. Am 30. Januar wird diese zusammentreten.

Ausgesperrte des Stahl- und Walzwerks Henningsdorf! Heute

vormittag 10 Uhr im Lokal „Drei Linden“, Fabrikstraße 15, gemeinsame Versammlung aller ausgesperrten Kollegen. Die organisierten Kollegen werden ersucht, ihre Verbandsbücher mitzubringen. Kollegen erscheinen restlos!

J. A.: Die Vertrauensleute der Ausgesperrten.

Aktion, Fabrikarbeiter Prenzlauer Berg! Die Wahlen der Bezirksleitung und der Delegierten zur Generalversammlung vom 17. Januar d. J. im Bezirk Prenzlauer Berg wurden für ungültig erklärt. Eine außerordentliche Bezirksversammlung findet am Donnerstag, den 31. Januar 1920, 19 Uhr (7) im Lokal von Glöckle, Kopenhagener Straße 74, statt, in der die Neuwahlen vorgenommen werden. Alle Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes, die im Bezirk Prenzlauer Berg wohnen, werden ersucht, die Versammlung pünktlich zu besuchen.

Die Ortsverwaltung. H. Küder.

Freie Gewerkschafts-Jugend Groß-Berlin

heute, Dienstag, 19½ Uhr, tagen die Gruppen: Humboldt; Jugend im Braun-, Adr. Vorkingstraße. Literarischer Abend: „Moderne Arbeiterbildung.“ — Frankfurter Allee: Stadt, Jugendheim Ullner 18. Opernmentierabend mit Plätzchen. — An den Dürren des elektrischen Stroms. — Kistenbesitzer: Jugendheim Diehlenerstraße, 3. Perchtoldsdorf. — Kistenbesitzer: Jugendheim Fallstr., 22. Fortzug: Die Stellung des Jugendlichen in den Gewerkschaften. — Spandau: Stadt, Jugendheim Hindenburg 1. Sozialdemokratische. — Treptow: Jugendheim Schöne Hildebrandt 33-34 (Kort-1-nmer) Rautenbuntes. — Schöneberg: Jugendheim Wasserwerk, 9. Thema: „Aus der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung.“

Zuaendaruppe des Zentralverbandes Der Anestellten

heute, Dienstag, finden folgende Veranstaltungen statt: Kottbuscher Jugendheim Lohrer Str. 15-19. Vortrag: „Kruz und kurz durch Preussland.“ Referent: Bernhard Böhmig. — Wallsteinpark in der Schmitzstraße Str. 30. 19 Uhr. — Wilmersdorf: Am Sonnenberg, 2. Februar, 19½ Uhr. Veranstaltung der Delegierten der Sozialdemokratischen Jugendverbände im 4. und 5. Bezirk. Referent: 13. Einlaß nur auf mit Namen ausgearbeiteten Eintrittskarten gehalten.

Branntweinliche der Polizei: Dr. Curt Geiger; Wilmersdorf: G. Rinschhöfer; Gewerkschaftsbewegung: 3. Steiner; Kreuzberg: A. B. Böcher; Wolowitz und Sonnenberg: Fritz Karstadt; Wilmersdorf: 14. Einlaß in Berlin: Erlang: Formis-Berlag G. m. b. H. Berlin: Brand: Gewerkschafts-Verband und Verlagsanstalt: 1. Sinner u. G. Berlin: 230 66. Lindenstraße 2. Berlin: 1. Bellage und „Unterhaltung und Wissen“.

Brandkatastrophe in Alt-Stralau.

Ein Feuerwehrmann getötet, acht Personen verletzt.

In Alt-Stralau ereignete sich gestern Abend eine schwere Brandkatastrophe. Auf dem Gelände des Sägewerks und der Holzgroßhandlung der Firma Gebr. Opwis brach aus noch unbekannter Ursache Feuer aus, das sich in kurzer Zeit zu einem Großfeuer entwickelte. Bei den Löscharbeiten stürzte eine große Mauer zusammen und begrub drei Feuerwehrleute sowie sechs Werksangehörige unter sich. Der Feuerwehrmann Gustav Kerzenies starb bereits auf dem Transport zur Rettungsstelle in der Cobiner Straße. Die übrigen Verunglückten wurden mit schweren Verletzungen in die Krankenhäuser gebracht. Ein schwarzer Tag in den Annalen der Berliner Feuerwehr!

Kurz vor 18 Uhr ließ bei der Kummelsburger Feuerwache aus der Straße Alt-Stralau 33 Feueralarm ein. Auf diesem Grundstück befinden sich die Gebäude des Sägewerks der Firma Opwis und der Holzabfahrfabrik von Blasch u. Pfeiffer. In einem etwa 50 Meter langen und 25 Meter breiten massiven Gebäude, in dem echte Hölzer getrocknet werden, war im Dachstuhl Feuer entstanden. Als die Feuerwehr zunächst mit zwei Löschlügen anrückte, brannte der Dachstuhl in seiner ganzen Ausdehnung lichterloh. Die Situation schien zunächst nicht sehr bedrohlich und es wurden beim ersten Angriff nur zwei Schlauchleitungen in Tätigkeit gesetzt. Die Flammen trafen sich jedoch in dem Fabrikgebäude mit unheimlicher Schnelligkeit nach unten weiter, so daß die anwesenden

beiden Löschlüge völlig unzureichend

für die Bekämpfung des Brandes waren. Zwei weitere Lüge und das im Hofhofen stationierte Feuerlöschboot 3 mußten nachalarmiert werden. Die Besatzung des Bootes, die als zweite Schicht bis 10 Uhr abends arbeitet, hatte noch rechtzeitig das brennende Gebäude verlassen können. In der Zwischenzeit hatten die Flammen fast das ganze Gebäude ergriffen. Sie fanden an den Werkstättenanordnungen und Holzvorräten reiche Nahrung und immer neue Schlauchleitungen mußten eingesetzt werden. Das brennende Gebäude glück einer riesigen Fackel und die Brandstätte war auf mehrere hundert Meter taghell erleuchtet. Dem Flammenmeer entströmte eine außerordentlich starke und gefährliche Strahlenhitze, so daß die angrenzenden Gebäude, Schuppen und Holzvorräte eine Zeitlang äußerst bedroht waren. Inmitten der schwierigen Löscharbeiten ereignete sich dann das furchtbare Unglück, das einem Feuerwehrmann das Leben kostete und bei dem außerdem zwei Feuerwehrleute und sechs Werksangehörige zum Teil lebensgefährliche Verletzungen erlitten.

Die Beamten waren im Verein mit den Arbeitern damit beschäftigt, größere Stapel wertvoller Hölzer, die in der Nähe des brennenden Gebäudes lagerten, in Sicherheit zu bringen. Die ungewöhnlich große Hitze hatte aber die Stabilität der Umfassungsmauern unterminiert, und plötzlich stürzte unter donnerähnlichem Getöse die Vorderwand zusammen. Im nächsten Augenblick, als noch alles von lähmendem Ansehen gepackt war, ertönten auch schon laute Hilferufe und Entsetzensschreie.

Unter der eingestürzten Mauer, den brennenden und glimmenden Balken waren drei Feuerwehrleute und sechs Betriebsangehörige begraben worden.

Trotz der bestehenden weiteren Einsturzgefahr drangen mehrere Bergungstrupps unter eigener Lebensgefahr bis zur Einsturzstelle vor, um den Verunglückten Hilfe zu bringen. Drei Feuerwehrleute und sechs Arbeiter konnten geborgen werden. Alle hatten schwere äußere und innere Verletzungen erlitten. Am schlimmsten war der Feuerwehrmann Gustav Kerzenies aus der Capriinallee in Lichtenberg-Friedrichsfelde verletzt worden.

Der Aufruhr des schiefen Calm

Roman einer Revolution. Von Gerhart Heermann Mostak

„Sagen die alten Weiber?“ fragte sie mit sinnlosem Hohn.

„Ja. Sie sagen auch noch, daß in stürmischen Nächten der Ritter vom Pfuhl hier umherreitet, seinen eigenen Kopf unter dem Arm.“

Sie empfand plötzlich die Kühle des noch winterlich toten Wassers. „Lassen Sie uns die anderen suchen.“

„Wie Durchlaucht befehlen.“ Er holte die Pferde herbei, die abseits gegrast hatten. Sie nahm das ihre am Zügel; ging ein paar Schritte; blieb wieder stehen, lehnte den Kopf an den Hals des Pferdes und sah über Wasser und Land. Ihr herbes Gesicht war sehr weiß.

„Eines verstehe ich nicht an der Geschichte, die Sie mir da erzählt haben. Den Schluß verstehe ich nicht. Warum muß sie weinen, und gleich einen ganzen See voll? Worüber weint sie denn?“

In seinem Gesicht lag christliche Verständnislosigkeit. „Na, weiß der Pfuhl tot ist, und wegen.“

„Ja doch, ja doch!“ unterbrach sie ihn heftig. „Aber sie hat doch gelebt! Gelebt, Trosegt! Hat Reichtum gehabt und Macht — und einen Rutigen neben sich — verstehen Sie, Trosegt?“

Trosegt schloß einen Moment die Augen. Als er sie wieder aufschlug, war sein Blick kälter und sicherer denn je. In seinem Gesicht wählte man sich Frauen auf Grund seiner Interessen, nicht aus Liebe; aber die Kraft des Triebes stand zu Gebote. In seinem Geschlecht war man ehrgeizig im Bereich des Möglichen; für den Vater in Höpenerleben umfaßte dieser Bereich einen Bauernhof, hier ein Herzogtum. . . . der Unterschied lag außen, nicht innen. . . .

Jetzt hörte er ihre Stimme neben sich, lockend, schien ihm: „Er hatte Mut, der Ritter vom Pfuhl!“

„Der Baron von Trosegt hätte ihn auch,“ sagte er sehr klar und kurz.

Er starb bei seiner Einlieferung auf der Rettungsstelle Cobiner Str., ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben.

Die weiteren Löscharbeiten dauerten noch volle drei Stunden. Erst gegen 21 Uhr war die Nacht des Feuers gedrohen und die Aufräumungsarbeiten, die die ganze Nacht hindurch währten, konnten vorgenommen werden. Der Schaden ist sehr hoch. Der gesamte Straßenbahn- und Fuhrwerksverkehr wurde polizeilich gesperrt und mußte durch Umleitungen aufrechterhalten werden. An der Brandstelle war ein großes Schupoansehen eingeleitet worden.

Es scheint uns der Umklärung bedürftig, wie es kam, daß bei einer Feuermeldung aus einem höchst feuergefährlichen Betrieb nicht von vornherein mehr Kräfte mobilisiert wurden.

Die Sonnenburger Vorgänge.

Das Urteil gegen die angeklagten Schupobeamten.

Die Strafkammer des Großen Schöffengerichts in Frankfurt a. M. hat unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Siebert verkündet gestern das Urteil in dem Strafverfahren gegen die fünf Schupo-Beamten aus Kottbus, die angeklagt waren, sich aus den zur Umarmung in Sonnenburg lagernden Militärwaffen widerrechtlich Gegenstände angeeignet zu haben, und die in einem Falle den Versuch gemacht hätten, einen als Zeugen vernommenen Sträfling in seinen Aussagen zu beeinflussen. (Der Prozeß lief neben der Verhandlung gegen die angeklagten Justizbeamten.) Die Berufung der Staatsanwaltschaft gegen das erstinstanzliche Urteil wird verworfen, auch die Berufung der Angeklagten Lausch und Boiche. Die Angeklagten Briz, Boiche, Lausch und Schulz werden von der Aufschuldigung des Diebstahls freigesprochen; wegen Hehlerei erhält der Angeklagte Boiche sechs Wochen Gefängnis, der Angeklagte Diber wegen Diebstahls und Begünstigung drei Monate Gefängnis, von denen ein Monat als durch die Untersuchungsbehörde verbüßt gelten soll. In der Begründung berücksichtigt das Gericht die Umstände in der Strafanstalt Sonnenburg, die für das jeweilige Schupoansehen große Verlockungen mit sich brachten. Erschwerend fiel für die Angeklagten ins Gewicht, daß sie sich die Verletzungen als Beamte zuschulden kommen ließen, da sie doch zur Sicherung der Anstalt abkommandiert waren.

Der Frau in den Tod gefolgt.

Gestern Abend wurde im Hause Markusstraße 52 der 77jährige Hölzer und Sozialrentner Berthold S. erhängt und in ihrem Bett seine 77jährige Frau Bertha tot aufgefunden. Die alten Leute hatten sich seit Tagen nicht mehr sehen lassen, so daß Hausbesorger Verdacht schöpften und die Polizei alarmierten. Da den Beamten niemand öffnete, wurde die Tür, die mehrfach verriegelt und verschlossen war, gewaltsam erschrocken. Als die Beamten das Schlafzimmer betreten, entdeckten sie S. an der Türschwelle in einer Schlinge hängend. Frau S. lag tot in ihrem Bett. Die Vermutung, daß S. zuerst seine Frau und dann sich selbst getötet habe, scheint nicht zuzutreffen. Nach den ärztlichen Untersuchungsergebnissen ist Frau S., die seit längerer Zeit bettlägerig war, infolge Altersschwäche eines natürlichen Todes gestorben. Allem Anschein nach hat S., der den Tod seiner Frau nicht überleben wollte, aus Gram darüber selbst Hand an sich gelegt. Die Leichen wurden beiseitgenommen und ins Schauhaus gebracht.

Vereinigung sozialdemokratischer Juristen.

Heute am Dienstag, dem 29. Januar, 20 Uhr, findet im Reichstagsgebäude, Saal 31, Eingang Portal 5, eine statt. Thema: „Die arbeitsrechtlichen Lehren des Ruhrkampfes.“ Referenten: Genossen R.-A. Dr. Fraenkel u. Min.-Rat Dr. Flatau. — Parteigenössische Juristen und Gewerkschaftsekretäre als Gäste willkommen. Der Vorstand: L. A. Ruben

Sie sah ihm voll in die Augen. Einen kleinen Augenblick lang stieg das Gefühl der Angst auf in ihr, krachte in der Kehle: der Angst, welche die Leidenschaftlichen vor den kalten Menschen haben. . . .

Sie nahm ihren Blick fort und sah wieder in die Weite. Die Furcht schwand, als sie den zähen, schweren Kampf der Knospen und Gräser um Wachstum und Licht sah, als sie den Frühlingssinn kühl auf der Stirn fühlte, der alles Welke, Schwache, Vorjährige achlos verwehte, als sie sich eins fühlte mit all dem Drängen ringsum, all dem Hungern und Dursten nach Liebe und Macht.

Hinter einem den Welker überhängenden Baum rauschte etwas. Trosegt wandte sich um. Sie sah die ruckhafte Bewegung seines straffen, kräftigen Nackens, dessen Braun die Sonne schimmern machte.

„Es ist nichts,“ jagte er und sah sie an.

Sie wies mit leise bebender Hand auf das Tuch an ihrer Schulter: „Es gehört mir nicht mehr. Der Fuchs ist gefangen.“

Trosegt neigte sie los. Seine kühle Hand lag auf ihrer heißen, trockenen Schulter. Sie hob sich ein wenig, der Druck der Hand wurde stärker.

Ihr Kopf sank an den Hals des Pferdes, ihre Augen schlossen sich zitternd. . . .

In das leise aufwachende Pöckeln ihrer Lippen traf sein herber, harter Kuß. . . .

— Ihr Pferd sprang erschreckt zurück. Trosegt hielt sie, als sie zu fallen drohte, und ließ sie sofort los, half ihr in den Sattel.

Sie ritten schweigend durch die Wiesen — ganz fern taumelten ein paar rote Punkte: die anderen.

Trosegt sah Friederike fragend an. Ihr Blick antwortete beherzigt. Er winkte den sich nähernden Fuchsjägern mit dem Tuch. Ein Hornruf erwiderte. . . .

— Die gekrümmte, tierhaft häßliche Männergestalt, die vom Bläs aus über Sumpfpfade auf die Stadt zukroch, sahen sie nicht.

4. Der schiefe Calm.

Der Lohgerber Abraham Calm sah seit Stunden vor einem mit den herzoglichen Insignien geschmückten Schreiben. Der massive Kopf war in die großen Hände gestützt; die dicken, über der Nase verwichenen Brauen verdeckten seine Augen, der Ausdruck seines immer finstern Gesichts verriet nichts. Es war spät geworden über diesem Brüten, vom Turm der

Blutiger Chefreit in Berlin D.

Den Mann mit einer Schneiderschere erstochen.

Unter der Selbstbeziehung, ihren Mann getötet zu haben, stellte sich gestern Abend die 50jährige Frau des Händlers Otto Schneider aus der Jungstraße 23 auf dem 256. Polizeirevier in der Trausestraße.

Mehrere Beamte begaben sich sofort in die Wohnung Schneiders und sondeten die Angaben der Frau bezüglich. Schneider lag in einer großen Blutlache regungslos auf dem Fußboden. Neben dem Toten, an dem der Arzt fünfzehn tiefe Stiche feststellte, fanden die Beamten eine große blutbefleckte Schere, mit der die tödlichen Stiche geführt worden waren. Frau Sch., die in Haft genommen wurde, behauptete bei ihrer ersten Vernehmung, in Notwehr gehandelt zu haben.

Nach ihren Angaben ist Schneider gegen 22 Uhr völlig betrunken heimgekehrt. Der Mann sei mit seinem 14jährigen Stiefsohn wegen einer nichtigen Sache in Streit geraten, der in Tätlichkeiten ausartete. Schneider sei dann plötzlich aufgesprungen, habe sich auf den jungen Menschen gestürzt und ihn gemürgt. Als der Stiefsohn von dem am Boden liegenden Sohn nicht abließ, habe sie in ihrer Angst eine Schneiderschere ergriffen und solange auf ihren Mann eingestochen, bis er blutüberströmt zusammenbrach.

Die Kriminalpolizei ist bemüht, die Aussagen der Frau, die etwaige Widersprüche aufzuweisen, zu prüfen.

Urteil im Prozeß Dumberth.

5 1/2 Jahr Gefängnis. — Ausstoßung aus dem Heer.

Nach etwa dreistündiger Beratung verkündete der Vorsitzende, Landgerichtsrat Kauffmann, das Urteil gegen den wegen Raubmordes angeklagten Obergeleiteten Dumberth. Der Angeklagte wird wegen Totschlages und Unterschlagung zu fünf Jahren drei Monaten Gefängnis verurteilt. Ferner wird auf fünf Jahre Ehrverlust und Ausstoßung aus dem Heere erkannt. In der Begründung führte der Vorsitzende aus, daß erheblicher Verdacht auf Mord vorliege, aber die Beweise reichen nicht aus, um den Angeklagten deswegen verurteilen zu können, zumal der Zeuge, Kolonist Sodom, sich in verschiedener Widersprüche verwickelt hat. Es handelt sich aber um ein so schweres Verbrechen, daß auf Höchststrafe erkannt werden mußte. Der Angeklagte nimmt das Urteil an.

11 000 arbeiten an der Schneefuhr.

Die Straßenreinigung hat anlässlich der anhaltenden Schneefälle der letzten Tage besondere Maßnahmen getroffen. Die 300 Schneepflüge (50 Kraftschneepflüge und 250 bespannte) sind ununterbrochen in Betrieb. Die Kraftfahrer, Kutsher und Bespannte werden von Zeit zu Zeit abgetauscht. Die Anzahl der Hilfsarbeiter ist auf 700 Mann erhöht worden, so daß jetzt mit Einschluß der Stammarbeiter sowie der Fahrer und Begleiter der Schneepflüge und der Kutsher der Abfuhrwagen insgesamt rund 11 500 Mann bei der städtischen Straßenreinigung tätig sind. Die Anzahl der Schneefuhrwagen betrug heute morgen 800. Sie wird im Laufe des Tages auf 1000 erhöht werden. Sämtliche Verkehrsstraßen Berlins sind seit Beginn des Schneeealles drei- bis viermal vom Schnee freigemacht worden. Auch ein großer Teil der Nebenstraßen konnte zwischendurch mit Schneepflügen bearbeitet werden.

Fernsprechverkehr Deutschland—Finnland. Am 30. d. M. um 11 Uhr 30 Minuten vormittags (deutscher Zeit) wird der Fernsprechverkehr zwischen Deutschland und Finnland eröffnet werden. Die niedrigste Gebühr für ein Dreiminutengespräch beträgt 8,50 M.

Marienkirche hatte es zehn Uhr gezittert, und Sarah, seine achtzehnjährige Tochter, war schlafen gegangen.

Es pochte an der Haustür. Calm lauachte erstaunt. Um diese Zeit? Was wollte man wieder von ihm?

Draußen stand eine kurze Gestalt mit dunklem Mantel, breitrandigem Schlapphut, von dem Tropfen fielen und im Bunde mit der Dunkelheit das Gesicht überschleierten. Calm fiel es jetzt erst auf, daß es regnete.

„Herr Calm?“ fragte es mit voller, männlicher Stimme.

„Jawoll. Zu dienen, Herr.“

„Ich möchte Sie um eine Gefälligkeit bitten.“

„Wollen Sie näher, wenns Ihnen recht ist.“

Draußen wurde der Schlapphut abgenommen. „Mein Name ist Richard Wagner, Kapellmeister aus Dresden. Ich muß unbedingt nach Dresden zurück, sobald als möglich. In der Stadt war aber heute kein Fuhrwerk aufzutreiben. Man sagte mir, daß auch Sie gelegentlich Leute nach Halle gefahren haben, wo ich die Post erreiche.“

„Ammer man sehr selten, jüdischer Harre. Das wird wohl mehr sind ne Vermutung von die Leute, weil ich Pferde habe.“

Wagner hatte der Mischung von jüdischem und einheimischem Jargon amüsiert gelauscht, hatte den unbewußten Beruhiger seines Mißerfolgs interessiert gemustert, soweit das gelbe Halblicht der Petroleumlampe das ermöglichte.

„Ich wäre Ihnen sehr dankbar.“ sagte er nach kurzem Schweigen, sich rückbeinnend auf sein Anliegen, „männ Sie eine Ausnahme machen könnten.“

Es kam ihm jetzt wirklich darauf an. Er war den ganzen Tag, wieder von Bitterkeit über die Unbereitschaft seines Schicksals und von Besorgnis um die Zukunft überfallen, durch die Stadt und die frisch in den Frühling hineinaltende schöne Umgebung gelaufen und hatte sich nicht um eine Fahrgelegenheit bekümmert. Schließlich war ihm die farsichtige Idee gekommen, den „schiefen Calm“ zu besuchen, kennen zu lernen; zudem hatte man ihm wirklich gesagt, daß Calm Pferde habe. Und jetzt war es zu spät, um anderswo ein Gefährt aufzutreiben.

„Es ist ganz ausgeschlossen, jüdischer Harre,“ meinte Calm jetzt ab. „Bei den Räten — die Waise sin so jarmiche polstbar. Un nich durchlassen wird mich de Torwache!“

„Aber ich bitte Sie! Man wird doch als hiesiger Bürger wie Sie die Stadt auch bei Nacht verlassen können!“

(Fortsetzung folgt.)

Breslauer Doppelmörder verhaftet.

Der Mörder geflüchtet.

Der Breslauer Kriminalpolizei ist es nunmehr gelungen, den Doppelmörder in der Gastwirtschaft auszuküßern, dem in der Nacht vom 15. zum 16. Januar der 62jährige Viehhändler Rubels und der 35jährige Viehhändler Robert Ritter zum Opfer fielen. Im Verlauf der polizeilichen Ermittlungen wurden insgesamt 14 Personen verhaftet, unter denen sich unter anderen ein stellungloser Kellner namens Breuer befindet. Breuer, der 34 Jahre alt und wegen Unterschlagung, Hehlerei und versuchten Betruges wiederholt vorbestraft ist, hat jetzt nach achtstägiger Haft ein umfangreiches Geständnis abgelegt. Er hat den Raubüberfall zusammen mit dem 23jährigen früheren Verkäufer und Bureaugehilfen Felix Wulff ausgeführt. Wulff konnte bisher nicht verhaftet werden; sein Aufenthalt ist der Polizei noch unbekannt. Der Flüchtige ist etwa 1,70 Meter groß, hat ein längliches Gesicht, blaue Gesichtsfarbe, blau-grüne Augen. Bekleidet war er zuletzt mit einem blauen Anzug und einem Worengo-Mantel, einem hellgrauen Hut mit dunklem Band und wahrscheinlich mit schwarzen Handschuhen. Wulff, der eine gute Erziehung und Ausbildung genossen hat, und anfänglich beabsichtigte, die Beamtenlaufbahn einzuschlagen, geriet bereits mit 21 Jahren auf Abwege.

Von den mit Breuer verhafteten Personen haben inzwischen 8 gestanden, einen Raubüberfall auf das Schanklokal von Groszter, wo sich die Mordtat abspielte, geplant zu haben. Das Lokal übte eine besondere Anziehungskraft dadurch aus, daß es ausschließlich von der vermittelnden Frau Groszter und einigen jungen Mädchen beherrscht wurde.

Die Pflichten des Staatsbürgers.

Eine teure „Bergeflücht“.

Ein selten in Anwendung gebrachter Paragraph des Strafgesetzbuches hatte zur Folge, daß Hans Hermann Haller, der Sohn des bekannten Theaterdirektors, vor der Strafkammer des Landgerichts I zu erscheinen hatte. Haller nun war angeklagt, sich gegen § 138 StrGB. vergangen zu haben. Dieser Paragraph lautet dahin, daß, wer als Zeuge, Geschworener oder Schöffe berufen ist und eine unrichtige Tatsache als Entschuldigungsgrund für das Nichterscheinen vorführt, mit Gefängnis bis zu zwei Monaten bestraft wird. Der Tatbestand für die vorliegende Anklage war folgender: Haller war am 6. Februar v. J. als Zeuge zu einem Termin gegen einen Willethändler geladen worden, der unerlaubten Handel mit Aktien zur Haller-Konze getrieben hatte.

Er erschien nicht und wurde deshalb in eine Ordnungsstrafe von 50 M. genummen. Zum zweiten Termin am 12. März, der angelegt worden war, weil die vorige Verhandlung wegen des Nichterscheins des Zeugen vertagt werden mußte, kam der junge Haller wieder nicht und die Ordnungsstrafe gegen ihn wurde auf 150 M. erhöht. Dieser Befehl ging ihm zu und daraufhin schrieb er an das Gericht, die erste Ladung habe er vergessen gehabt, bei dem zweiten Termin aber sei er krank gewesen. Gleichzeitig aber war an Gerichtsstelle ein Schreiben des damals angeklagten Willethändlers eingegangen, in welchem dieser mitteilte, er habe Haller am Abend des Terminabendes wohlwollend beim Schatzlageremmen gesehen. Das Gericht hatte inzwischen einen dritten Verhandlungstag im April angesetzt und wieder kam Herr Haller nicht, weshalb die Ordnungsstrafe auf 200 M. erhöht, und der unerreichbare Zeuge Haller zum vierten Termin im Mai zwangsweise vorgeführt wurde. Inzwischen hatte das Gericht die Akten an die Staatsanwaltschaft abgegeben und diese hatte gegen Haller wegen Verstößen gegen § 138 wegen des falschen Entschuldigungsgrundes einen Strafbefehl über einen Monat Gefängnis durch den Amtsrichter zustellen lassen.

Dagegen erhob Haller Einspruch, und es fand eine Verhandlung vor dem Einzelrichter des Amtsgerichts Berlin-Mitte statt, der den Strafbefehl bestätigte. In dem Urteil wurde hinzugefügt, eine exemplarische Bestrafung des Angeklagten sei am Plage, und eine Bewährungsstrafe könne ihm nicht zugesprochen werden, da er ein verwegener und gebildeter Mensch sei, der in seinem Alter seine Pflichten als Staatsbürger außer Acht lasse. Gegen das Urteil legte der Angeklagte Berufung ein, die vor der Strafkammer des Landgerichts I verhandelt wurde. Der Angeklagte machte geltend, daß er das Datum seiner Erkrankung mit dem Datum des Gerichtstermins verwechselt habe.

Das Gericht verwarf die Berufung des Angeklagten, aber mit der Maßgabe, daß an Stelle der auf sich verwirklichten Gefängnisstrafe von einem Monat eine Geldstrafe von 2000 M. trete. Im Urteil hob der Vorsitzende hervor, daß der Angeklagte, ohne daß er für seine Zukunft unglücklich gemacht werde, eine fühlbare Strafe erleiden müsse, damit ihm die Pflichten des Lebens zum Bewußtsein kommen.

Wer ist Herr Mahnte?

Die Regierung in Potsdam hat den früheren Gemeindevorsteher von Buchholz, Mahnte, als kommunalpolitischen Bürgermeister für die Stadt Wittstock a. D. vorgeschlagen. Mahnte genoss in seinem früheren Wirkungsbereich den Ruf eines Sozialistenfreuders. Er war wegen seiner Amtsführung im Kriege bei der Bevölkerung außerordentlich unbeliebt, nach der Revolution lebte er in dauernder Feindschaft mit der Gemeindeverwaltung, so daß der Landrat wiederholt eingreifen mußte. Nach der Schaffung von Groß-Berlin trat er in den Ruhestand. Politisch gehörte er zunächst zur Deutschen Volkspartei. Dort wurde er jedoch hinauskomplimentiert. Er schloß sich dann den Nationalsozialisten an. Jetzt hat die Regierung in Potsdam den 61jährigen als kommunalpolitischen Bürgermeister von Wittstock vorgeschlagen — sie konnte keinen ungeeigneteren Mann finden.

Wenn der Mann trinkt.

In der Doppelner Straße wäre es beinahe zu einer Familientragödie gekommen. Ein 41jähriger Vater war in seinem Beruf sehr tüchtig, leider aber dem Alkohol so sehr ergeben, daß er es übers Herz brachte, seiner Frau von seinem 100 M. betragenden Wochenlohn nur 20 M. abzugeben. 70 M. wöchentlich verbrachte er und kam natürlich fast jeden Abend betrunken nach Hause. Alles Bitten der Frau, die mit ihrem 13jährigen Kind von den 20 M. natürlich nicht leben konnte, half nichts. Sie wußte sich keinen Rat mehr und sah keinen Ausweg aus der Scholle. In ihrer kochenden Verzweiflung streute sie eines Tages dem Mann Schweißpulver Grün auf's Butterbrot, ein ganz unsinniges und zweckloses Bemühen, denn das grüne Pulver wirkte natürlich dem Mann auf's Haar und das geschah auch. Er blies es aber herunter und aß das Brot ohne Schaden. Bald darauf wiederholte die Frau den Versuch, nahm diesmal aber eine größere Menge. Der Mann, der schon mißtrauisch geworden war, erwiderte wieder das Pulver, steckte das Brot in die Tasche zurück und begann am Abend, als er wieder sehr betrunken nach Hause kam, einen fürchterlichen Särum zu machen. Er ging mit dem betrunkenen Brot zur Polizei und zeigte seine Frau an. Als man die Frau vernahm, gewannen man aus ihren wirren Reden den Eindruck, daß sie in ihrer Verzweiflung überhaupt nicht gemüßt hatte, was sie getan, und da ihr Verstand keine Fäden folgen konnte, entließ man sie wieder. Der noble Ehemann aber zog es vor, sich eine andere Wohnung zu suchen.

Es geht vorwärts im Schnellbahnbau!

Ein Bauprogramm für die nächsten fünf Jahre.

Die Ermöglichung eines planvollen und beschleunigten Ausbaues des Berliner Schnellbahnes stand an erster Stelle unter den Vorteilen, die wir von der Zusammenfassung der in den Besitz der Stadt gelangten drei Verkehrsunternehmen zu einer einheitlichen Verkehrs-Gesellschaft erwarten dürfen. Nachdem vor vier Wochen die Berliner Verkehrs-Gesellschaft (BVG.) ins Leben getreten ist, bringt sie bereits sehr ein großes Programm zum Bau neuer Schnellbahnen und zur Verlängerung der alten Schnellbahnen.

Eine vom Aufsichtsrat der BVG. den städtischen Körperschaften zur Kenntnisnahme vorgelegende Denkschrift über das künftige Berliner Schnellbahnen-Netzwerk für den Vollausbau einen Gesamtplan, ohne daß durch ihn der kommenden Entwicklung vorgegriffen werden soll. Für die ersten fünf Jahre aber hat die BVG. ein bestimmtes Bauprogramm aufgestellt, das baldigt den städtischen Körperschaften zur Beschlussfassung vorgelegt werden soll. — Das Schnellbahnen-Netzwerk wurde aus der Zeit vor dem Kriege mit 37,6 Kilometer übernommen, erweiterte sich bis 1928 um 20,9 Kilometer auf 58,5 Kilometer und wird bis Ende 1929 durch Fertigstellung von im Bau begriffenen Strecken sich um 21 Kilometer auf 79,5 Kilometer ausgedehnt haben. In dem Zuwachs aus 1929 sind beteiligt die neue Linie Alexanderplatz—Friedrichsfelde, von der Linie Neukölln—Gesundbrunnen die Strecke Reanderstraße—Gesundbrunnen, außerdem die Linienverlängerungen in Tempelhof, Neukölln, Britz, Pantam, Westend, Dahlem.

Niemand wird glauben wollen, daß hiermit der Ausbau des Berliner Schnellbahnes zum Stillstand kommen könnte. Die Verkehrsentwicklung schreitet unaufhaltsam fort und macht immer neue Erweiterungen nötig. Zu dem Nötigsten gehört die

Entlastung der alten Untergrundbahn-Stammstrecke.

besonders zwischen Friedrichsplatz und Bülowstraße. Für die Stammstrecke ist nach Fertigstellung der Linien Alexanderplatz—Friedrichsfelde und Neukölln—Gesundbrunnen ein sehr bedeutender Verkehrszuwachs zu erwarten, für den auch die Lichtmoenzüge nicht genügen werden. Die BVG. will die Stammstrecken dadurch entlasten, daß sie die Linie Friedrichsfelde—Alexanderplatz über den Spittelmarkt durch Leipziger Straße und Potsdamer Platz nach Steglitz weiterführt. Doch soll zunächst nur die Strecke bis zum Kleistpark gebaut werden. Bei dieser Gelegenheit soll der Bahnhof Friedrichsplatz zu einem großen Umsteigebahnhof ausgebaut werden, der den Anforderungen des

Massenverkehrs entspricht. Das einstweilen auf fünf Jahre sich erstreckende Bauprogramm der BVG. fordert noch eine andere neue Linie, eine Schnellbahn von Siemensstadt (wo der Arbeiterverkehr durch sein anderes Verkehrsmittel mehr zu bewältigen ist) über Bahnhof Jungfernheide, Moabit, Lehrter Bahnhof, Potsdamer Platz durch die Königgräber Straße (mit einem besseren Umsteigebahnhof Hallesches Tor) und weiter durch die Blücherstraße zum Kaiser-Friedrich-Platz mit Einmündung in die Nord-Süd-Bahn nach Neukölln, vielleicht auch mit Weiterführung durch die Urbahnsstraße in Richtung Baumhulsenweg. Einschneidende Umgestaltungen werden dann auf dem Potsdamer Platz nötig. Er muß einer der wichtigsten Knotenpunkte des Schnellbahnverkehrs werden, da künftig außer der alten Stammstrecke noch zwei andere Schnellbahnen ihn berühren. Auch wird hier die von der Reichsbahn geplante unterirdische Verbindungsstrecke zwischen Potsdamer Bahnhof und Stettiner Bahnhof zu berücksichtigen sein.

Die BVG. plant weiter für die nächsten Jahre mehrere Linienverlängerungen, Verlängerung der Nord-Süd-Bahn im Norden bis zur Grenze von Tegel, im Süden bis Rennbahn Mariendorf, der Bahn Gesundbrunnen—Neukölln im Süden bis zum Anschluß an die Mittenwalder Bahn (bei Britz), im Norden bis zum Anschluß an die Liebenwalder Bahn (bei Reinickendorf), Verlängerung der Westlinie von Händelstraße bis Herrmannplatz (Hafenlee), der Hochbahn bis Pantam-Breite Straße. Dieses schon recht beträchtliche Bauprogramm, das nur das Dringendste fordert, ist aufgestellt worden wegen der wachsenden Schwierigkeit, den Verkehr zu bewältigen. Dabei wird aber auch erachtet, daß bei der Ausführung der Bauarbeiten

viele Tausende Arbeiter die ersehnte Beschäftigung finden.

Bei den jetzigen Bauarbeiten werden über 8000 Arbeiter beschäftigt. Sie müßten noch im Laufe dieses Jahres nach und nach sämtlich entlassen werden, wenn das neue Bauprogramm nicht in Angriff genommen werden könnte.

In einer Besprechung mit Vertretern der Presse wurde das Bauprogramm von dem Vorsitzenden der BVG., Stadtrat Reuter, erläutert. Er erklärte, daß zwar niemand die Entwicklung des Schnellbahnes auf eine längere Reihe von Jahren vorausbestimmen kann, daß aber die Notwendigkeit der Ausführung dieser zunächst geplanten Bauten nicht zu bezweifeln ist. Hoffentlich dauert es nicht so lange, bis das Bauprogramm von allen in Frage kommenden Instanzen genehmigt ist und an die Bauausführung herangegangen werden kann. Der den Ausbau unseres Schnellbahnes fördert, trägt zum Gedeihen der Wirtschaft bei und dient dem Wohl der werktätigen Bevölkerung.

30 000 Kilo täglich.

Die Leistungsfähigkeit der neuen G.C. Kaffeeabfabrik.

Die Großhandels-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine hatte bisher nur in Chemnitz eine im Jahre 1923 in Betrieb genommene Kaffee-, Korn- und Bohnenkaffeeabfabrik. Trotz der täglichen Leistungsfähigkeit von 10 000 Kilo und trotz Dreischichtarbeit konnte mit dieser Fabrik die Nachfrage der deutschen Konsumvereine nicht gedeckt werden.

Jetzt ist nach einer Bauzeit von 1 1/2 Jahren in Mannheim eine Großfabrik entstanden, aus Eisenbeton und Klinkerleinsten, bei der die Geschäftsleitung für die weitergeführte Chemnitzer und die neue Mannheim-Fabrik zusammengefaßt sind. Eine Leistungsfähigkeit von täglich 30 000 Kilo aufweisen und zur Versorgung der Vereine auch ausreichen wird. Mannheim wird jetzt Kaffee-, Kornkaffee, Bohnenkaffee, Johorien in verschiedenen Arten und Qualitäten sowie Zuckersäften und Kaffeegetränk erzeugen, so daß die G.C. den gesamten Bedarf des Zentralverbandes in Zukunft in eigenen Fabriken herstellen kann. Die G.C. ist mit Recht der Hoffnung, daß die Qualität der G.C.-Erzeugnisse noch mehr als bisher den Vereinen den Kampf gegen die Markenartikel verhältnismäßig leicht machen wird, und zwar um so mehr, als auch die Preisbildung für die Verbraucher Vorteile bietet.

Gegen Unterstützung von Schwarzweißrot.

Am 17. November 1928 veranstaltete die Stagerat-Gesellschaft einen Ball mit Tombola und Barbetrieb, der ganz im Zeichen von Schwarzweißrot stand. Der Saal war entsprechend dekoriert, und die Festordner trugen auffallende schwarz-weißrote Schleifen. Zu der Tombola wurden u. a. von der „Deutschen Zeitung“, von der „Deutschen Tageszeitung“, aber auch vom Planetarium der Stadt Berlin und von der Städtischen Oper Geschenke gestiftet.

Auf eine Eingabe der Republikanischen Beschwerdestelle, die darauf hinwies, daß für ein solches Fest die Verwendung städtischer Gelder wohl kaum am Plage wäre, hat der Oberbürgermeister Böß mitgeteilt, daß er die Stiftung von Gaben durch das Planetarium der Stadt Berlin und die Städtische Oper für den von der Stagerat-Gesellschaft am 17. November 1928 veranstalteten Ball nicht billige. Es sei Vorsorge getroffen worden, daß Stiftungen — gleichviel welcher Art — nicht mehr durch die einzelnen städtischen Verwaltungen, sondern nur noch durch eine Zentralstelle erfolgen.

Diese Stellungnahme des Oberbürgermeisters ist durchaus zu billigen.

„Unter den Eichen.“

Am Anschlag an den Ausbau der Schlaßstraße in Steglitz ist auch die Umgestaltung der Straße „Unter den Eichen“ in Lichterfelde beschlossen worden. In der Steglitzer Bezirksratssitzung wurde darum gekämpft, ob die dort stehenden Eichen, die der Straße den Namen geben, fällen sollen oder nicht. Es wurden zwei getrennte, acht Meter breite Fahrbahnen, ein besonderer Bahnkörper mit Mittelstreifen in der Straßenmitte geschaffen, darüber hinaus sind Radfahrwege vorgesehen. Will man die Bäume erhalten, so lassen sich die Radfahrwege nur zwischen dem Bahnkörper und den Baumreihen anordnen. Infolge der notwendigen Unterbrechung oder Abzweigung der Radfahrwege an den Haltestellen der Straßenbahn würden dauernd Gefahrenmomente für die Radfahrer wie für die aussteigenden Fahrgäste vorhanden sein. Für überholende, schnellfahrende Fahrzeuge auf dieser Hauptausfallstraße des Westens wären ebenfalls die Bäume ein starkes Gefahrenmoment. Man hat sich darum zur gänzlichen Entfernung der Bäume entschlossen und die Bezirksratssitzung hat in ihrer Mehrheit dem zugestimmt. Die Radfahrwege erhalten nunmehr eine Breite von 1,30 Meter, die Gehsteige eine solche von 4,32 Meter, während sie bei Beibehaltung der Bäume nur eine Breite von 3,60 Meter aufzuweisen hätten. Immerhin

hat dieser Kampf um die Bäume eine lebhafte Debatte hervorgerufen.

Auch mir schloßen aus dem Bedauern an, daß diese schönen Baumreihen im Interesse des Verkehrs verschwinden müssen. Es wäre zu wünschen, daß das Bezirksamt einen Ausweg findet, durch Anpflanzung der Bäume an anderer Stelle der Straße den Charakter des Namens zu erhalten.

Selbstmord auf den Schienen.

Ein graufiger Borzoi ereignete sich am Montag vormittag gegen 11 1/2 Uhr auf dem Bahnhof Adlershof. Dort war ein Mann, der seinem Weibchen nach dem Kaufmannstande angehören mochte, eine Weile auf dem Bahnsteig auf und ab gegangen. Als aus der Richtung Grünau der D-Zug 191 herannahte, warf der Mann sich plötzlich vor die Maschine. Der Zug riß den Lebensmüden noch ein Stück über den Bahnhof hinaus mit, wo er dann schrecklich verflammt und tot liegen blieb. Irrendmelde Ausweisepapiere hatte der Tote nicht bei sich. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach der Halle in Oberschöneweide gebracht. Der Unbekannte ist etwa 45 Jahre alt, 1,65 bis 1,75 Meter groß, hat dunkles Haar und Bürstenschmurrbart und trägt schwarzen Mantel mit Samitrogen, blaues Jackett, gestreifte Hose und blaues Hemd und weiß gestreiften Wollschal. Sein weißes Taschentuch ist E. S. gezeichnet.

Elterversorgung und Witwenbeihilfe.

Am Oktober 1928 sind die Behörden der Reichsversorgung schon einmal auf Antrag des Reichsbundes der Kriegsbekämpften vom Reichsarbeitsminister angewiesen worden, in eine Nachprüfung der Höhe der Elterversorgung und Witwenbeihilfe aus Anlaß der von 1. Juli 1928 ab eingetretenen Erhöhung der Leistungen aus der Invaliden- und Angestelltenversicherung nicht einzutreten. Der Bericht auf eine allgemeine Nachprüfung sollte die Versorgungsbehörden entlasten. Wie der Reichsbund der Kriegsbekämpften mitteilt, soll nach einer neuen Auffassung des Reichsarbeitsministers auch von einer Nachprüfung Abstand genommen werden, wenn Versorgungsberechtigte selbst die Erhöhung dieser Leistungen anzeigen. Geht die Anzeige nicht, so könne gleichwohl nicht angenommen werden, daß eine wesentliche Veränderung der Verhältnisse absichtlich verschwiegen werde. Soweit die Versorgungsbehörden bisher abweichend hiervon verfahren sind, kann auf Antrag des Versorgungsberechtigten ein Widerspruch herbeigeführt werden. Neue Ermittlungen über die wirtschaftlichen Verhältnisse des erwähnten Personenkreises sind nur dann vorzunehmen wenn sie nach dem Inhalt der Akten wahrscheinlich zu einer Veränderung im Rentenbezug führen werden.

Eine Friedensfahne.

Der Vorgang der Fahnenweihung im Bezirk Osten des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten vollzog sich bei starker Beteiligung in den Alhambra-Festhallen sehr eindrucksvoll. In seiner Festrede entwickelte Dr. Salomonson den Sinn des Wortes Fahne, um darauf hinzuweisen, daß die neugeweihte Fahne keine Kriegsfahne, sondern ein Banner des Friedens sein sollte. Eine Friedensfahne, die dem demokratischen und sozialen Geiste der deutschen Republik zu Ehren wehen sollte. Bei der Ueberreichung von Rügeln durch die Vertreter der befreundeten Verbände, wie Reichsbanner, Reichsbund der Kriegsbekämpften usw., wurden warme Worte der Anerkennung für die Organisation des Reichsbundes gesprochen. In seinem Schlusswort gedachte der Vorsitzende des Bezirks Osten, Marcus, der im Weltkrieg Gefallenen. Zu dem gemeinsamen Gesang „Ich haß einen Kameraden“ spielte der Bläserchor des Reichsbanners. Mit dem Abmarsch der Fahnen fand die wirklich stimmungsvolle Feier ihren Abschluß.

Der erste Wasserrohrbruch in London.

In einer der Hauptgeschäftstraßen Innerlondons, dem Strand, plötzte am Montag ein Hauptrohr der Wasserleitung. Es entstand eine beträchtliche Störung des Verkehrs. Der Schaden ist jedoch unbedeutend. Dies ist der erste Rohrbruch, der sich in den letzten 14 Tagen in London ereignet hat.

Eine Bezirksversammlung des 10. Bezirks Zehndorff findet am Mittwoch, dem 30. d. M., abends 6 Uhr, im Lyzeum statt.

Amerikanische Weltmarktoffensive.

Der neue Präsident Hoover — Schrittmacher des amerikanischen Imperialismus.

In kurzer Zeit steht der Amtsantritt des neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten Herbert Hoover bevor. Hoover war sechs Jahre lang „Handelsminister“ der Vereinigten Staaten, er stand an der Spitze des Department of Commerce (Handelsministerium) und ebenso des angegliederten „Bureau of Foreign and Domestic Commerce“ (Amt für Innen- und Außenhandel).

Nach seiner bisherigen Tätigkeit kann Hoover als einer der energiegeltesten Organisatoren des amerikanischen Imperialismus gelten. In Europa wird auch heute noch vom „amerikanischen Imperialismus“ wenig gesprochen, und viele erinnern sich bestenfalls einiger Bilder oder Filme, die die amerikanische Flottenmacht, Flugzeuggeschwader, U-Boote, amerikanischer Truppen usw. zeigen — doch diese militärischen Formen unterscheiden sich dem Wesen nach von den entsprechenden europäischen Vorbildern nicht. Was wichtig ist es — und gerade die bevorstehende Präsidentschaft Hoovers muß die Aufmerksamkeit der europäischen Öffentlichkeit auf diese Dinge lenken —, daß in anderer Hinsicht der amerikanische Imperialismus Formen angenommen hat, die als spezifisch amerikanisch gelten können. Ein wichtiger Bestandteil des neuamerikanischen Imperialismus bildet die Organisation des Außenhandels, insbesondere das

organisierte Bestreben zur Eroberung der wichtigsten Absatzmärkte der Erde.

Die Vereinigten Staaten sind in der Lage, ihre Warenexporte, die bereits jetzt rund 20 Milliarden Mark beträgt, d. h. 8 Milliarden Mark mehr als die deutsche, zu verdoppeln, wenn es notwendig werden sollte, und daß der amerikanische Export auch weiterhin wie in den vergangenen anderthalb Jahrzehnten auf Kosten des europäischen anwachsen wird, ist kaum zu bezweifeln. Die bisherige Entwicklung ist dadurch gekennzeichnet, daß in der Zeit von 1913 bis 1926 der amerikanische Anteil am Weltmarkt von 11 auf 15 Prozent gestiegen, während in der gleichen Zeit der englische Anteil von 15 auf 14 Prozent, der deutsche von 13 auf 8 Prozent und der französische von 7½ auf 6½ Prozent gefallen ist.

Diese Vergrößerung des amerikanischen Anteils, die Steigerung des amerikanischen Warenexports von 10 Milliarden Mark 1913 auf 20 Milliarden Mark 1926 ist natürlich nicht mechanisch, nicht nur „von selbst“ vor sich gegangen, sondern auch bewußten Anstrengungen zu verdanken, und diese Bestrebungen sind es schon weit, auch vom europäischen Arbeiter beachtet zu werden. Denn da die Eroberung von Weltmärkten eine internationale Angelegenheit ist, die auch die deutsche Industrie unmittelbar angeht, so ist diese Entwicklung auch für den deutschen Arbeiter von unmittelbarem Interesse. Es sei nur daran erinnert, wie insbesondere in Südamerika und in einigen Gebieten des Fernen Ostens deutsche und englische Waren durch die amerikanischen zurückgedrängt worden sind.

Staatsapparat und Industrie- und Finanzkapital sind eins.

Besonders interessant ist es, wie eng Staatsapparat einerseits, Industrie- und Finanzkapital andererseits in den Vereinigten Staaten zum Zwecke der Weltmarkteroberung zusammenarbeiten.

Eine der wichtigsten Organisationen hierbei ist eben diejenige Behörde, die mit zum Ressort des seit dem Präsidenten Harding amtierenden Handelsministers Hoover gehörte: das bereits erwähnte Bureau of Foreign and Domestic Commerce. Diese Organisation, die ihren Sitz naturgemäß in der amerikanischen Bundeshauptstadt Washington hat, verfügt über zahlreiche Zweigbüros in den Vereinigten Staaten und an allen wichtigen Handelsplätzen der Erde, und Hunderte von Agenten in aller Herren Länder sind für diese Organisation beschäftigt. Sie informiert jeden amerikanischen Interessenten über alle ausländischen Marktbedingungen, die er nur wissen will, z. B. über Zahlungsbedingungen, Zolltarife,

Frachttarife, Patentgesetzgebung, die jeweils wichtigsten Bauprojekte, die rentabelsten Möglichkeiten für Kapitalanlagen, spezielle Marktbedürfnisse, Geschäftsmethoden usw. Jeder amerikanische Fabrikant oder Händler kann sich mit Hilfe dieses Apparats gründlich darüber informieren, welche Waren von Rasierapparaten, Kraftwagen oder Zigaretten in diesem oder jenem Land bevorzugt werden, wie groß die Zahl der zahlungsfähigen Kunden jeweils ist, ob und unter welchen Bedingungen sich die Zulage von Fabrikanten lohnt, welche Art der Reklame in den einzelnen Ländern und für die einzelnen Bevölkerungsschichten am wirksamsten ist usw. Dieses Bureau wurde insbesondere in den Kriegsjahren stark ausgebaut, aber bis in die letzte Zeit hinein hat seine Vergrößerung angehalten und auch im vergangenen Jahre wurden zahlreiche neue Agenturen eröffnet und noch größere Mittel als bisher zur Finanzierung dieser großzügigen Markt-Informationsorganisation bewilligt.

Die Organisation der SS.

Eine andere Organisation von ebenfalls großer Bedeutung ist das National Foreign Trade Council, der „Nationale Außenhandelsrat“, eine im Jahre 1914 gegründete private Organisation, der 85 amerikanische Wirtschaftsführer angehören. Der Wahlspruch dieser Organisation lautet: „Größerer Wohlstand durch größeren Außenhandel.“ Ihr Zweck ist erstens Propaganda bei der Bevölkerung für die Exportziele des amerikanischen Industriekapitals und die Schutzollbewegung, ferner aktive Unterstützung der Exporttätigkeit, schließlich aber macht sie auch wirtschaftspolitisch ihren Einfluß geltend und veranlaßt insbesondere die Durchsetzung des noch zu erwähnenden „Export Trade Act“, eines Gesetzes zur Förderung der amerikanischen Warenexporte. Vorsitzender dieser Organisation ist A. H. Farrell, der Präsident der United States Steel Corporation, d. h. jenes großen Trusts, der etwa die Hälfte der amerikanischen Stahl- und Eisenproduktion beherrscht.

Was besteht der erwähnte Export Trade Act? Es ist ein Gesetz, das den amerikanischen Fabrikanten und Händlern erlaubt, sich zu Exportzwecken trustartig zusammenzuschließen, d. h. dem Ausland gegenüber die amerikanische Kartell-Gesetzgebung aufzuheben und auf ausländischen Märkten die Konkurrenz amerikanischer Unternehmer nach Möglichkeit auszuschalten. Solche Organisationen gibt es z. B. für die chemische Industrie, wo die Exportsteigerung größtenteils dieser Zusammenarbeit amerikanischer Kapitalisten zugeschrieben ist. Für die amerikanische elektrotechnische Industrie kam Ende 1927 eine ähnliche Trustorganisation zustande, die dem großen Interessentenverband dieser Industrie, der National Electrical Manufacturers Association nahesteht und in der Männer der General Electric Company (des größten amerikanischen Elektrolieferanten) und der Electric Bond and Share Company (eines großen Finanzierungskonzerns für elektrische Unternehmungen) eine führende Rolle spielen. Für Petroleum wurde dieser Tage die Export Petroleum Association gegründet, der die wichtigsten Gesellschaften des Standard-Oil-Konzerns, des Sinclair-Konzerns und anderer Firmen angehören. Ferner wurde im vergangenen Jahre für Stahl die American Steel Export Company gegründet, die bereits in vielen Ländern Untergesellschaften gegründet hat. Ihre deutsche Filiale hat unter der Firma Deutsch-Amerikanische Export-Gesellschaft ihren Sitz in Hamburg.

Gerade in der Förderung solcher Exporttrusts hat Hoover eine führende Rolle gespielt. Andererseits ist Herbert Hoover — und auch dies ist von entscheidender Bedeutung, insbesondere im Hinblick auf die gegenwärtigen amerikanischen Verhandlungen zur Erhöhung des Zollschutzes — ein ausgesprochener Anhänger eines starken Schutzollsystems. Der neue Präsident ist somit der Interessentenrepräsentant des großindustriellen Flügels der Republikanischen Partei, und die imperialistische Entwicklung der Vereinigten Staaten könnte keinen aktiveren Vorführer bekommen als ihn.

Daß auf dieser Tagung des Reichslandbundes die Forderung der Selbsthilfe in der Landwirtschaft scharf herausgearbeitet wurde, kann mit Befriedigung verzeichnet werden. Im ganzen genommen zeigte aber auch die gestrige Rundgebung, daß die Landbundführer immer noch das Allheilmittel in einer Verschärfung der Schutzollpolitik und Drohung der Einfuhr, also in den Maßnahmen sehen, die nur dazu geeignet sind, den notwendigen Rationalisierungsprozeß der Landwirtschaft aufzuhalten. Das Heil der Landwirtschaft wird man also weiter ohne den Landbund finden müssen.

Bessere Lage in Schleswig-Holstein.

Wie mir aus Schleswig-Holstein hören, kaufen die dortigen Bauern in der letzten Zeit nicht nur stärker ein, sondern bezahlen auch mehr in bar. Die Saisonverkäufe nach Weihnachten sollen von der ländlichen Bevölkerung noch stärker in Anspruch genommen worden sein als in den Vorjahren. Als Zeichen für eine bessere Lage in diesem Gebiet sind das erfreuliche Meldungen.

170000 unterstützte Arbeitslose Berlins Zugang in Brandenburg erheblich verlangsamt.

Die Arbeitsmarktlage im Bereiche des Landesarbeitsamtes Brandenburg hat sich gegen die Vormode nicht wesentlich geändert. Das in jünger Ausdauer verharrende Winterwetter läßt den Beginn der Außenarbeiten für die Landwirtschaft nicht zu. Auch die industriellen Saisonbetriebe mühen weiter in ihrer Unzulänglichkeit nachzuarbeiten. Die Holzindustrie nahm vornehmlich weitere Einschränkungen und Stilllegungen bei den Sägewerken vor.

In der Metallindustrie hat die lebhafteste Nachfrage für weibliche Arbeitskräfte teilweise angehalten. Auch in der Farbenindustrie hat die rege Nachfrage nach weiblichen Kräften angehalten. In der Textilindustrie haben die Kammgarnspinnereien Entlassungen angezeigt. Eine weitere Belebung zeigten die Maschinenbau- und Eisen- und Stahlwerke. Infolge kurzfristiger Beseitigungsaufträge arbeiten einzelne Betriebe in Doppelschicht. Im Bekleidungsgebiete hießt die äußerst starke Vermittlung in der Mäntel- und Kleiderkonfektion an die Zahl der Arbeitsuchenden ging bedeutend zurück. Für ungelernete Arbeiter bot sich in der Entfernung der Schneemassen vorübergehende Beschäftigung. Der Zugang aus der Berufsgruppe der Angestellten hat etwas nachgelassen; die Gesamtlage ist nach wie vor schlecht.

In der Berichtswochen stieg die Zahl der Arbeitsuchenden um 4482 auf 390 132, d. h. 1,16 Proz., gegenüber einer Zunahme von 15 226 gleich 4,1 Proz. in der Vormode. Innerhalb des Landesarbeitsamtes Brandenburg verteilten sich die Arbeitsuchenden auf Berlin mit 253 934, auf die Provinz Brandenburg mit

122 702 und auf die Grenzmark Posen-Westpreußen mit 13 496 Personen.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung betrug 273 213 (+ 5,04 Proz.), in der Kräftenfürsorge 17 761 (+ 1,57 Proz.), zusammen 290 974 (+ 4,82 Proz.). Von den Hauptunterstützungsempfängern in der Arbeitslosenversicherung entfielen auf Berlin 134 411 (+ 3,92 Proz.), auf die Provinz Brandenburg 106 494 (+ 6,78 Proz.), auf die Grenzmark Posen-Westpreußen 12 308 (+ 4,42 Proz.). Für die Kräftenfürsorge betragen die gleichen Zahlen für Berlin 13 393 (+ 1,05 Proz.), Brandenburg 2297 (+ 5,17 Proz.), Grenzmark 71 (+ 2,90 Proz.).

Auf 1000 Einwohner des Gesamtbezirks kamen in der Arbeitslosenversicherung 37,87 (36,05) Hauptunterstützungsempfänger; diese Zahl stellte sich für Berlin auf 37,35 (33,97), für die Provinz Brandenburg auf 38,44 (36,00), für die Grenzmark Posen-Westpreußen auf 39,29 (37,52). In der Kräftenfürsorge ist die Bewerbenzahl für den Gesamtbezirk von 2,42 auf 2,46 gestiegen; sie stellte sich für Berlin allein auf 3,73 (3,60), für die Provinz Brandenburg auf 0,83 (0,79), für die Grenzmark Posen-Westpreußen auf 0,23 (0,22).

Demokratisierung der Luftfahrt.

Ausbau des Luftbeirats. — Sicherung des Staatseinflusses

In den letzten Monaten und Wochen wird die Zukunft des deutschen Luftverkehrs lebendiger diskutiert als je. Die langsame Verbesserung der Wirtschaftslage, die neuen Organisationsprobleme des Uebersee- und Transkontinentalverkehrs, die Frage des Staatseinflusses gegenüber dem privatwirtschaftlichen in Dingen des Luftverkehrs, die ungesunde Luftschädigung der Flugzeugindustrie, die Erhöhung der technischen Leistung der Flugzeuge haben scharfe Diskussionen und sogar eine Bildung gegnerischer Gruppen zur Folge gehabt. Zweifellos ist die mangelhafte öffentliche Kontrolle und Sachberatung der Staatsbürokratie als auch der Luftverkehrsorganisationen eine Zentralursache sehr vieler Beschwerden.

Deshalb ist ein Vorschlag des Deutschen Verkehrsverbundes sehr beachtlich, der in der Zeitschrift „Luft- und Kraftfahrt“ kürzlich veröffentlicht wurde. Dieser Vorschlag will den durch Gesetz am 1. August 1922 geschaffenen, seit Jahren schon zum Schattenbeirat verurteilten Beirat für das Luftfahrtwesen zu einem wirkungsvollen Instrument zu einer aktiven Kontrolle des Luftfahrtwesens ausbauen. Der Beirat soll aus seinen Sachverständigen Spezialausschüsse für Sicherheit, Wirtschaftlichkeit, Subventionsverteilung, technische Spezialprobleme und Ausbaugefragen bilden und zur aktiven Kontrolle durch neue Vollmachten befähigt werden. Er soll zu jeder wichtigen Maßnahme gutachtlich gehört werden, das Votum- und Antragsrecht bei allen Stellen erhalten und auf diese Weise nicht nur die Grundlagen für sachgemäße Beratung und Kontrolle schaffen, sondern auch das Vertrauen der Öffentlichkeit gegenüber den Luftfahrtinstanzen vertiefen.

Wir halten diese Vorschläge für richtig und noch ausbaufähig. Jedenfalls ist es die Richtung, in der zuzufassen und auszubauen ist.

Somit wir wissen, wird der Vorschlag des Reiches im kommenden Jahr die für 1928/29 vorgesehenen Etatsmittel nicht herabsetzen, sondern mit Rücksicht auf die Entwicklung der Luftschiffverkehrsleistungen noch um eine Kleinigkeit erhöhen. Auch Preußen und die übrigen Länder sind an der Entwicklung des Luftverkehrs mit gewissen Beiträgen beteiligt. Diese Beteiligung des Reiches und der Länder sichert dem Staat den entscheidenden Einfluß in der heutigen Luftfahrt, die übrigens mit den Flugzeugindustrien viele Tausende von Arbeitern, Angestellten und Beamten beschäftigt. Das Schicksal der Beschäftigten hängt heute weitgehend von den Reichs- und Länderzuschüssen ab.

Diesen Staatseinfluß stark zu erhalten, wird eine dringende Aufgabe der Zukunft sein, der um so größere Aufmerksamkeit zugewendet werden muß, als Reich und Länder für die Steuerzahler auch einmal ernten müssen, was sie heute sät. Der Vorschlag, die Kontrolle des Luftfahrtwesens wirksam zu verankern und zu diesem Zweck auch zu demokratisieren, kann die Notwendigkeit, den öffentlichen Einfluß möglichst stark zu machen und zu halten, nur fördern und muß auch aus diesem Grunde begrüßt werden.

14% Dividende für Bemberg-Seide.

In zwei Jahren Umsatz und Gewinne verdreifacht.

Nach dem großen Dividendenprung des Bemberg-Konzerns im letzten Jahr von 8 auf 14 Proz. haben Aktionäre und Börse mit einer weiteren Steigerung für das am 30. September abgelaufene Geschäftsjahr 1927/28 gerechnet. Das Gewinnergebnis hätte dies auch ohne weiteres ermöglicht, doch hat die Gesellschaft es vorgezogen, die Abschreibungen infolge der großen Neubauten im letzten Jahre beträchtlich zu erhöhen. Außerdem ist die Dividendensumme trotz des gleichen Satzes von 14 Proz. bedeutend höher als im letzten Jahre, da diesmal das 1927 auf 28 Millionen Mark erhöhte Kapital zum erstenmal voll zu verzinsen ist.

Wie sich das Bemberg-Unternehmen in der Kunstseidenkonjunktur der letzten Jahre entwickelt hat, zeigt folgende Aufstellung:

	1925/26	1926/27	1927/28
	in Millionen Mark		
Kapital	16,0	28,0	28,0
Umsatz	17,0	41,5	51,5
Betriebsüberschub	6,8	11,2	13,49
Unkosten, Zinsen	3,7	5,7	6,4
Abschreibungen	1,7	2,3	3,0
Reingewinn	1,4	3,1	4,2
Dividenden	8%	14%	14%

In den Betriebsjahren 1925/26 bis 1927/28 konnte Bemberg seine Umsätze von 17 auf 51,5 Millionen Mark steigern, also mehr verdreifachen. In dem gleichen Verhältnis wuchs der Reingewinn. Außerdem erhielten die Aktionäre bei den letzten Kapitalerhöhungen hochwertige Bezugsrechte auf die jungen Aktien, so zum Beispiel bei der jetzt vorgesehenen Kapitalerhöhung ein Bezugsrecht zu 160 Proz. gegenüber einem Börsenkurs von etwa 440 Proz., in dem schon für die kleinen und mittleren Aktionäre Sondergeschenke von mehreren tausend Mark stecken.

Von der glänzenden Kunstseidenkonjunktur hat der Verbraucher bisher weiter nichts gehabt, als hohe Preise, die ihm das Kunstseidenkartell diktiert. Erst das Vordringen der ausländischen Konkurrenz auf dem deutschen Absatzmarkt hat die deutschen Kunstseidenfabrikanten gezwungen, eine Preislenkung größeren Ausmaßes ins Auge zu fassen. Da Bemberg für den weiteren Ausbau seiner Unternehmungen das Kapital jetzt von 28 auf 40 Millionen Mark erhöht, wird also die weitere Entwicklung des Kunstseidengeschäftes von der Verwaltung durchaus optimistisch beurteilt.

Landbund und Agrarkrise.

Rechenkünster Schiele — Selbsthilfe und Absatzorganisation.

Die beiden großen Rundgebungen des Reichslandbundes, die gestern im Zirkus Busch und im großen Schauspielhaus abgehalten wurden, bildeten den öffentlichen Mittelpunkt der landwirtschaftlichen Woche in Berlin. Die im Gegensatz zu der vorjährigen Tagung allgemein sehr kühle und gedämpfte Stimmung der Demonstranten konnte auch durch die billige Waffelhäckerlei, die besonders in den Reden der Präsidenten Schiele und Hepp immer wieder durchbrach, kaum belebt werden.

Eine in jeder Hinsicht ansehnliche Rechnung über die Verlustwirtschaft der Landwirtschaft legte der frühere Reichsernährungsminister Schiele vor. Nach seiner Rechnung ist bei der sehr guten Ernte des letzten Jahres trotz einer entsprechenden Mehreinnahme ein Verlust von 140 Millionen Mark entstanden. Herr Schiele scheint bei Professor von Dierke in die Schule geschickt werden zu müssen, der zu ganz anderen Zahlen kommt. Auf Grund der gegenwärtigen Marktlage errechnet Herr Schiele sogar beim Verkauf von Schlachtrindern 350, bei Kartoffeln 170 und bei Getreide weitere 400 Millionen Mark Verluste. Das sind natürlich dreifache Ueberreibungen, um Effekt zu machen. Fast komisch war seine Feststellung, daß bei der klaffenden Preisschere zwischen industriellen (160) und agrarischen Index (130) die Landwirtschaft bei einem Produktionswert von 9 Milliarden nahezu 2 Milliarden verliere. Die niedrigen Düngemittelpreise, den riesenhaften Anteil der Selbstversorgung und eigenen Futtermittel an der landwirtschaftlichen Produktion rechnet Herr Schiele also für nichts. Wir wollen zur Ehre von Herrn Schiele annehmen, daß er selbst seine Zahlen und Rechnungen für einen aus Agitationsrücksichten schließlich verzerrlichen Schwindel hält. Bestellen müssen wir den Schwindel allerdings.

Daß der Bauer auf dieser Tagung mehr denn je von dem unter großagrarischer Führung stehenden Landbund umworden wurde, war nach der Massenlust der bäuerlichen Organisationen aus dem Landbund erklärlich. Hier schlug der dritte Präsidenten Beizge sehr verführerische Töne an, die in der Forderung der Enpolitisierung des Landbundes gipfelten.

Wenn sich Bethege in seinen weiteren Ausführungen an die Arbeiterschaft und die Konsumvereine mit der Aufforderung wandte, an der Organisation des Abjages mitzuwirken und den Weg des Produktes vom Erzeuger zum Konsumenten verkürzen zu helfen, so zeigt diese Aufforderung immerhin, daß es auch im Reichslandbund zu dämmern beginnt. Auch der Hinweis dieses Redners auf die vorbildlichen Absatzorganisationen Dänemarks und Hollands, die für den deutschen Landwirt ein Beispiel sein sollten, verdient Beachtung als Symptom für beginnende Besserung.

Georg Terescsenyi: Von Bauern

Es war in der Woche vor Weihnachten, daß der lahme Kovo den Schinken gestohlen hat. Der Schinken war draußen im Schuppen gehangen, denn Janos hatte ihn noch am Montag vom Dachboden heruntergebracht, damit er ein wenig von der freien Luft durchziehen werde. Dort mußte ihn Kovo zwischen den Knoblauch- und Paprikafrüchten erblickt haben, als sie die Stiefel suchten. Janos ließ nämlich durch Kovo auf den Stiefel einen Fleck setzen, sie wurden auch handelseins, Kovo nahm die Stiefel gleich mit, am Morgen aber war der Schinken verschwunden.

Etwas Bestimmtes ließ sich natürlich nicht behaupten, denn sicher ist nur das, was man mit beiden Augen sieht.

„Man sollte es vielleicht doch bei der Gendarmerie anzeigen,“ meinte die Frau am Abend, als die Niedertracht des Kovo zur Sprache kam.

„Ich habe mit dem Gericht nicht gerne zu tun,“ entgegnete Janos.

„Was denn also?“

„Scher dich nicht darum...“ sagte der Mann, und damit war die Sache erledigt.

Am nächsten Tag aber begab sich Janos ans Ende des Dorfes, wo im hauseigenen Stadel des Stierstalles, in der mit Lehm verklebten windstiefen Hütte, Kovo, der lahme Fleischhacker, wohnte.

„Guten Tag,“ grüßte Janos und trat in das dumpfe Zimmer. In der einen Ecke, zwischen Lumpen, die auf der Bank gebettet waren, lag Kovos Frau.

Kovo und die zwei Kinder erhoben sich sofort vom Tisch und starrten mit weit aufgerissenen Augen den unerwarteten Besuch an.

In der Mitte des Tisches, in der großen irdenen Schüssel ruhte wohlriechend, dampfend der — Schinken.

„Guten Tag,“ murmelte Kovo und sein aschgrauer wirrer Schnurrbart bewegte sich ganz eigentümlich um seine bebenden Lippen.

„Ah...“ machte Janos und blinzelte zur Schüssel hinüber, „ich komme ja gerade zurecht!“

Niemand antwortete ihm. Durch das handgroße Fenster des Zimmers drang das bleiserne Licht des Wintermittags herein. Draußen, über die schneebedeckte Gegend zogen Krähenwärme in matten, trägern Flügeln, und am Rande der Gänsewilde stehe mit ihren ausgestreckten Armen stumm die Windmühle zur Höhe empor.

Janos blickte durchs Fenster, dann wieder zurück auf die betretenen darschauende Familie.

„Ist vielleicht im Hause jemand krank?“ fragte er leise.

Mit einem tiefen, rüchelnden Husten antwortete die Frau, ihr Kopf ruhte ohnmächtig auf dem Kanewas. Die hungrigen Blicke der beiden ungefähr im schulpflichtigen Alter stehenden Kinder verhielten ungeduldig die aufgetragene Speise.

„Sie hustet...“ sprach jetzt Kovo, „sie hustet schon seit dem Frühjahr...“

„Das ist aber gar nicht gut,“ sagte Janos mitleidig, „noch ein Stück, das es wenigstens was zu essen gibt...“

„Neh ein Stück...“ wiederholte Kovo die Worte, und er warf seinen Blick ungeschlüssig hin und her.

„Nun, nun,“ meinte Janos schlau, „der Schinken wird der Kranken sicherlich gut tun...“

„Auch einem Gesunden...“ sagte das größere der beiden Kinder.

„Ein schöner Schinken.“ Janos trat näher zu dem Tisch und betrachtete das rosige Fleischstück. „Lustig sehr schön geformt, man sieht es ihm an, daß ihn nicht irgendein Wurstmacher abgeschnitten hat... nicht wahr, nein?“ fragte er dann plötzlich, sich an Kovo wendend.

„Ich weiß nicht...“

„Das ist ein Hauschinken, man merkt es, daß man den Speck an ihm nicht gekostet hat... ganz, als hätte ich ihn selbst vom halben Schwein heruntergeschlitten.“

Eine gespannte, nervöse Stille herrschte im Zimmer.

Kovo machte mit seinen Händen ungeschlüssige Bewegungen, er öffnete auch schon die fahlen Lippen zum Sprechen, um alles zu gestehen und alles zu erzählen. Sein großes, düsteres Gesicht, die Qualen der tranken Frau... seine Versuchung dort im Schuppen, als sie die Stiefel suchten.

Da ließ aber die Frau ihre Stimme vernehmen.

„Ich habe ihn mir gewünscht,“ sprach sie leuchtend, „... ich sehnte mich nach... einem Schinken.“

„Eine kleine Kostprobe...“ sagte Kovo, jetzt zur Befinnung kommend, „wenn Sie es nicht verschmähen...“ haßen Sie mit uns.“

„Ach?“ fragte Janos, betroffen zurückfahrend.

„So,“ redete ihm auch die Frau zu.

„Aber wo,“ sagte er, die Einladung abweisend, und er machte einen Schritt zurück.

„Ich bitte Sie darum...“ flehte die Kranke weiter. „Julcsa Csangi, Sie kennen mich doch...“

„Ich kenne dich,“ brummte Janos und wendete den Blick von ihr ab.

„Ich kenne dich, natürlich kenne ich dich,“ flüsterte etwas drinnen im Herzen des Janos. „Julcsa Csangi sollte ich nicht kennen, die einmal die allerschönste Nase war?“

„Ach,“ entrang es sich dann seiner Brust, aber er sprach die in ihm erwachten Gedanken nicht aus... Was kommt auch jetzt schon alles Reben? Einst... ja, damals, als sie noch beide arme Teilschnitter waren... bis das Leben sie voneinander trennte.

Janos kam hinüber übers Meer, Julcsa aber zu Kovo. Zehn lange Jahre waren selber vergangen und sie hatten gar nicht bemerkt, wie sich das Rad des Schicksals gedreht hat... vergebens wäre da auch schon jede Anstrengung gewesen, dagegen war nichts mehr zu machen. So heiratete denn auch Janos. Mit der Frau bekam er auch ein Stück Feld... und siehe da, hier dampfte nun der gestohlene Schinken in der Mitte des Tisches.

Er betrachtete und betrachtete lange das frische Weib und er fühlte irgendein lauwarmes Krabbeln ins Herz herum.

„Also gut...“ sagte er und setzte sich auf den angebotenen Stuhl. Er nahm sein Taschenmesser hervor, schnitt von dem Schinken ein Stück ab und auch vom braunen Kornbrot.

„Wir fressen uns... Janos... Ich kann nichts tun... du siehst ja, auch Julcsa... die Kinder... es gibt keinen Verdienst, was soll ich machen?“

„Ach ja!“ sagte Janos mit einem Seufzer, dann fügte er hinzu: „traurige Zeiten das...“

„Mein Gott...“

„Auch gestern waren Gendarmen im Orte...“

„Gendarmen?...“ Kovo hörte auf.

„Sie suchen einen Dieb... einen Dachbodendieb... Viele Lebensmittel bekommen in letzter Zeit Fische... Auch mir hat man vorgestern einen Schinken gestohlen...“

Wieder trat Stille ein, Janos erhob sich vom Sessel.

„Na, ich werde gehen... und die Stiefel, wenn sie fertig sind, fassst du sie mir hinüberschicken. Ich habe auch jetzt nur deshalb einen Sprung herüber gemacht, weil ich dachte, sie wären schon fertig...“

„Sie sind noch nicht fertig...“

„Also, beeile dich damit...“

„Ich werde sie hinüberschicken.“

„Na, grüß Gott!“

„Grüß Gott...“

Der Schinken hielt noch an, der zweite natürlich, den Janos auf die Feiertage vom Boden heruntergebracht hatte.

„Na, noch einen Bissen als Nachdruck,“ sagte Janos nach dem Essen und begab sich hinüber in die „schöne“ Stube, wo auf der mit einem Tischuch bedeckten Kommode in seinem Bett erkrankt der

gekochte Schinken prangte. Er schritt von der speckigen Seite ein Stück ab und setzte sich wieder zurück auf die Ofenbank.

Es war ein gewöhnlicher Wochentag, voll grauer Sorgen, denn es nahete der Frühling, die Arbeit, das Pflügen und Säen. Draußen schmolz bereits der Schnee und feuchte Düste drangen durch die halbgeöffnete Tür ins Zimmer.

„Sobald es trocken wird, werde ich den Bachacker pflügen,“ sagte Janos und laute mit langamer Bequemlichkeit die Bissen. Von seinem scharfen Taschenmesser tropfte das Fett auf den Fußboden, der zum Schutz mit großen Papieren bedeckt war.

„Ich habe ihr etwas hingetragen...“ sprach jetzt die Frau.

„Was?... Was?“ fragte der in Gedanken vertiefte Mann.

„Nun dorthin... ein wenig Suppe...“

Der Mann nickte.

„Ach ja.“

„Mit der Armen geht es schon zu Ende...“

„Ich konnte es nicht mit ansehen, sie sind so hilflos... Der Doktor hat gesagt, ihr sei nicht zu helfen... die Schwindsucht, arme Julcsa...“

Sie schwiegen wieder... Ja, das ist das bittere, unbarmherzige Leben, gegen welches sich der arme, kämpfende Mensch auch vergebens auflehnen wollte. Man kann nur seufzen, aus tiefem Herzen seufzen, aber dann wird man weiter mitgerissen, mit derselben düsteren und gleichgültigen Kälte, wie die Schneewolken dort draußen, die der Wind über das gestorene Ackerland vor sich her treibt.

(Schluß folgt.)

Gust. Meyrink: Die unheimliche Stadt

Die Stadt, die ich meine, ist das alte Prag. Als ich vor 45 Jahren aus dem nebligen Hamburg, vom Posten Schiffsal in diese festliche Stadt geführt, schon am ersten Tag eine lange Wanderung durch die mir unbekanntem Straßen unternahm, da blendete mich eine helle Sonne, die in sengender Glut über den altertümlichen Häusern brütete.

Schon damals, als ich über die uralte Steinerne Brücke schritt, die hinüberführt über die ruhelos fließende Moldau zum Stadtschloß mit seinem den finsternen Hochmut alter Habsburg-Geschlechter aussehenden Schloß, das bekrönt ist von Türmen und Thürmen, da besiel mich ein unerklärliches, tiefes Grauen, für das ich keine Erklärung wußte. Jene Bangigkeit hat mich seit diesem Tag nicht einen Augenblick verlassen, solange ich — ein Menschenalter hindurch — in Prag lebe, der Stadt mit dem heimlichen Herzschlag. Sie ist nie mehr ganz von mir gewichen; sie senkt sich heute noch auf mich herab wie Föhnwind, wenn ich an Prag zurückdenke oder nachts von ihm träume, was mir in merkwürdig regelmäßigen Zeitabschnitten geschieht, als schlage in meiner Brust eine unsichtbar verborgene Uhr noch einem unbekanntem Rhythmus, der nichts zu tun hat mit Erdzeit. Alles, was ich je erlebt, kann ich vor das innere Auge rufen, als stünde es lebensstrohend da... danke ich jedoch Prag vor meinen Blick, so wird es deutlicher wie alles andere — so deutlich, daß es nicht mehr wirklich, sondern gespenstisch scheint. Jeder Mensch, den ich dort gekannt, gerinnt zum Gespenst und zum Bewohner eines Reiches, das Tod nicht kennt.

Marionetten sterben nicht, wenn sie von der Bühne verschwinden; und Marionetten sind alle Wesen, die die Stadt mit dem heimlichen Herzschlag zusammenhält. Andere Städte, so alt sie auch sein mögen, miten mich an wie unter der Gewalt ihrer Menschen stehend; wie desinfigiert von keimtötenden Säuren — Prag gestaltet und bewegt, wie ein Marionettenspieler, seine Bewohner von ihrem ersten bis zu ihrem letzten Atemzug. Wie Vulkanen Blut aus der Erde speien, so speit diese unheimliche Stadt Kriege und Aufruhr in die Welt: Auf ihrem Altstädter Ring ist am Rathaus eine große, sogenannobene astronomische Uhr mit dem Tierkreiszeichen angebracht, darin öffnet sich Schlag Mittag ein Türchen, und heraus treten, einer nach dem anderen, die zwölf Apostel; stumm, als hätten sie sich überzeugt, daß die Zeit, auf die sie geduldig warten, noch nicht gekommen sei, verschwinden sie wieder, verdrängt von einer dreizehnten Gestalt, dem Tod mit Hippe und Sandglas. Auch er geht und über ihm trägt der Hahn der fernem Auferstehung wie eine Prophezeiung der Apokalypse. Er gibt das Zeichen, daß die hundert Türme der Stadt heulend einfallen, um das höhnische Kriterium zu erkunden, das das ferne Zerbrechen aller Menschengeit wahrhaben will. Ob dem längst zu Staub gewordenen Erbauer der Uhr solche Verständigung vorgeschwebt hat? Er soll wahrhaftig gewesen sein. Vielleicht stehen Wahnsinnige den letzten Dingen näher als solche mit „gesundem“ Menschenverstand. Und wahnsinnig — ganz heimlich und verdeckt wahnsinnig — sind irgendwie die meisten Marionetten in Prag. Oder besessen von irgendeiner turlofen Idee. Eines Tages nahm mich ein älterer Mann, den ich als überaus nüchtern feinerzeit kannte, auf der Straße am Arm und flüsterte mir geheimnisvoll, auf einen des Weges kommenden vornehmen Herrn deutend, ins Ohr: „Sie wissen doch, er hat vorgestern seine Frau vergiftet, um sie zu beerben?“ Dann, als der Herr an uns vorüberstritt, zog er tief den Hut und grüßte laut:

„Meine Berechnung, Herr Doktor!“... Da mußte ich unwillkürlich an das Bienenstich denken, das großen Sonnenschein in Giftglanz zu verwandeln vermag!

Die verborgene Wirklichkeit Prags wurzelt so tief, daß Namen verdunkeln wie Atemhauch auf Edelstein. — Stundenlang bin ich oft und oft in hellen Mondscheinmächten auf der Kleinfeste — dem Stadtviertel jenseits der Moldau, der Herzkammer Prags — umhergewandelt, und jedesmal habe ich mich verirrt. Ein uraltes Palais, vor dem man fühlt: unmöglich kann darin seit Jahrzehnten ein Mensch gewohnt haben, so dicht ist der grünspanüberzogene Türknäuf mit aschigem Staub bedeckt; daneben ein Barockgebäude mit opalisierenden Fenstern, die schimmern wie das Glas antiker römischer Tränenkrüge; dann wieder eine sich in die Unendlichkeit sich hinziehende dreimannshohe Mauer mit zerbröckelndem Bewurf, darein die Geisterhand der Stadt phantastische Tierköpfe und starrnde Gesichter gezeichnet hat, die unbeweglich scheinen und doch jedesmal den Ausdruck wechseln, so oft man hinsieht. Ein beäusender Blütenhauch nach Jasmin oder Holunder fällt herab aus der Luft, und man ahnt: Jemandwo sind da Gärten, ungeheure Parke, versteckt, die vielleicht seit Menschenedenken kein Fuß betreten hat. Die Vermutung schießt sich ins Herz, es möchte dadrin in einem verfallenen Zimmer des Hauses in einem längst vermoderten Bett eins zu Staub zerfallene tote liegen, deren Dasein hier schon zu ihren Lebzeiten in Bergessenheit geriet. Der Gedanke läßt einen nicht los und man kehrt um an der Vaterne, die plötzlich im Randesglanz in irrisierender Turcole vor dem Blick aus der Erde taucht; man will wieder zurück zu der grauen Mauer.

Sie ist nicht mehr zu finden! War's eine Täuschung? Und sucht man sie am besten Tag — vergebens: sie ist nicht mehr dort. Statt dessen ist eine Gasse da, ein Haus, dreistöckig, am Ende: man blickt zum Dach empor und sieht: ein zweites Haus steht auf dem ersten! Eine Sinnestäuschung? Nein, die Gasse biegt scharf im Winkel um wie ein im Ellenbogen angerissener Arm, steigt steil empor, und auf der Höhe ragt das zweite Gebäu. Ein merkwürdiger Mensch wohnt darin, der mit hoher Frauenstimme spricht, klein, bartlos, und aussieht wie Napoleon und Besuchern aus einem riesigen, in hebräischen Buchstaben geschriebenen Folianten wahrhaftig oder die Vergangenheit schildert, daß einem bisweilen die Haut schaudert.

Einmal habe ich ihn aus Neugier aufgesucht, da hörte ich, als ich über die Schwelle seines Zimmers trat, wie er zu einem Fremden, der ihn gerade verließ, in gebrochenem Deutsch sagte: „Das Trommel, das Sie in der Nacht vor der Mauer zur letzten Vaterne gehört haben, kommt nicht von den Soldaten; es kommt von der Trommel des toten Jisla, der, bevor er starb, befahl, daß man ihm die Haut abjüge, und auf eine Trommel spanne, damit man ihn hören könne, als wenn er gestorben sei.“ — „Was haben Sie damit gemeint?“ fragte ich, als wir allein waren. Er tat erstaunt, oder war es wirklich, und leugnete, solches gesagt zu haben. Später erfuhr ich, er vergähe alles sofort, kaum, daß er es ausgesprochen hätte. Er sei mondsüchtig — auch am helllichten Tag. Später, als der Krieg ausbrach, mußte ich an die Trommel Jiskas, des Einäugigen denken. Mir war, als begriffe ich dumpf eine Art schattenhaften Zusammenhangs. Oder war es Zufall? Ich glaube es nicht; die Stadt mit dem heimlichen Herzschlag hat eine seltsame Art, durch den Mund ihrer Marionetten zu reden!

Der Schneider von Ulm

Die Geschichte der Luftschiffahrt hat neben ihren tragischen auch ihre tragikomischen Gestalten. Zu diesen gehört Ludwig Albrecht Berblinger, der „Schneider von Ulm“, der es durch seinen mißglückten Flugversuch zu einer kurzen lustigen Berühmtheit brachte und dann ganz vergessen am 28. Januar 1825 starb.

Der geflügelte Schneider, der am Ulmer Münster sein Dentmal erhalten hat, erfährt eine späte Ehrenrettung durch den Roman des Dichter-Ingenieurs Max von Eych, der den ernsten Kern dieses so arg verspotteten Wagnisses hervorgehoben hat. Dem Schneider Berblinger war die Flugbegeisterung zu Kopf gestiegen, die um die Wende des 18. und 19. Jahrhunderts die Menschheit ergriffen hatte. Als die Ballonflüge Blanchards und seiner Nachfolger Aufsehen erregten, beschloß er, ein Flugzeug zu bauen, für das er sich — wie so mancher andere Erfinder — den Vogel zum Vorbild nahm.

Er machte sich also ein Stahlgestell, das mit Seide überzogen war; schnallte er sich dieses um den Leib, dann bereiteten sich rechts und links Flügel aus, die er mit den Armen in Bewegung setzte. Auf diese Weise hoffte er sich in der Luft zu erhalten. Als König Friedrich von Württemberg im Mai 1811 Ulm besuchte, glaubte

Berblinger den rechten Augenblick gekommen zu sehen, um seinen Flug zu veranstalten. Zunächst wollte er von der Spitze des Münsters aus über die Stadt fliegen, zog aber dann doch die Adlerbastei am Danaustrand vor. Der erste Versuch mißlang, da der Apparat nicht in Ordnung war. Bei dem zweiten Versuch aber am 30. Mai 1811, zu dem sich der König und eine vielaulenköpfige Menge eingefunden hatten, erschien er kühn auf der Brüstung der Basteimauer, schlug erst lustig mit seinen Flügeln um sich, schwang sich dann empor und flog durch die Lüfte.

Doch die allgemeine Spannung löste sich bald in ein mächtiges Gelächter auf, denn schon lag der brave Meister in der Donau, aus der ihn einige Schiffer auffischten, die mit ihren Booten vorsorglich zur Stelle waren. Der König nahm die Sache als einen Spaß auf und ließ dem fliegenden Schneider 20 Dukaten als Geschenk überreichen. Aber vor der Allgemehheit war er blamiert, Spottbilder erschienen, die seinen Unglücksfall drastisch darstellten, und man sang Spottverse auf ihn, wie etwa: „Der Schneider von Ulm hat's fleige probiert, da hat'n der Teufel in d' Donau sein g'führt.“ Er machte zwar noch einmal einen Versuch, doch als auch dieser mißlang, gab er das Fliegen endgültig auf. In der Geschichte der Flugkunst aber lebt er fort als einer der ersten, der das Vorbild des Vogelklaubers dazu benutzte, um ein Segelflugzeug zu erbauen.

Theater, Lichtspiele usw.

Dienstag, 4.29.1. Di. Freitag, 4.29.1.

Staats-Oper 8 Uhr
A.-V. 20
20 Uhr

Bohème Tosca

Staats-Oper 8 Uhr
A.-V. 25
20 Uhr

Cardillac Oedipus

Staats-Schiller-Theater, Charlfbg.
20 Uhr
Fladsmann als Erzieher

Metropol-Theater 8 Uhr

Lustige Witwe
mit FRITZI MASSARY
Max Hansen, Ernst, Jankuhn, Junkermann, Schaeffers, Margulies, Gaters, Beauty Girls, Jackson Boys

Zwei Charell - Inszenierungen
Gesamtausstattung Prof. Ernst Stern.
In beiden Theatern Sonntag 3 Uhr Nachm. - Vorstellung zu kleinen Preisen
Demnächst auf Elektro! Neu auf Elektro!

Gr. Schauspielhaus 8 Uhr

Cafanova
mit ALFRED JERGER
Emery Storm, Fried, Ahlers, Lieske, Sarda, La Jana, Winkler, Kupfer, Arno, Sandow, Morgan, Blankenhorn, Pichs

Zwei Charell - Inszenierungen
Gesamtausstattung Prof. Ernst Stern.
In beiden Theatern Sonntag 3 Uhr Nachm. - Vorstellung zu kleinen Preisen
Demnächst auf Elektro! Neu auf Elektro!

Winter Garten
5 Uhr
Brennen erlaubt
Drei Codonas
und weitere Varietè-Neuheiten

6 1/2 Uhr
CASINO-THEATER 8 1/2 Uhr
Lothringer Straße 37.
Neu! Neu!

Kilometerliebchen
Dazu ein erstklassiger bequemer Teil
Für unsere Leser Guthaben für 1-4 Pers. Fahrzeit nur 1.15 M., Sessel 1.65 M., sonstige Preise. Parkett u. Rang 1.00 M.

Planerium am Zoo
Am 23. Januar verschied sanft meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwiegermutter und Großmutter
Sophia Majerczik
geb. Saalfeld
im 75. Jahre ihres Lebens und im 36. Jahre ihrer Ehe.
E. Majerczik, Dr.-Ing. W. Majerczik, Felix Majerczik, Elise Majerczik, geb. Scheyer, Irene und Theodor Majerczik.
Berlin und Charlottenburg.
den 27. Januar 1924.
Die Beerdigung hat bereits stattgefunden. Es wird gebeten, von Kondolenzbesuchen abzusehen.

Am 23. Januar verschied sanft meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwiegermutter und Großmutter
Sophia Majerczik
geb. Saalfeld
im 75. Jahre ihres Lebens und im 36. Jahre ihrer Ehe.
E. Majerczik, Dr.-Ing. W. Majerczik, Felix Majerczik, Elise Majerczik, geb. Scheyer, Irene und Theodor Majerczik.
Berlin und Charlottenburg.
den 27. Januar 1924.
Die Beerdigung hat bereits stattgefunden. Es wird gebeten, von Kondolenzbesuchen abzusehen.

Theater des Westens
Täglich 8 1/2 Uhr
Der sensationelle Erfolg!
Friederike
Musik von Franz Lehar
Wieder auf ununterbrochen.
Reife den ganzen Tag geöffnet.
Teleph. Steinplatz 911 u. 7108.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz
8 Uhr
Das Mädel aus der Vorstadt
Regie: Jürgen Pehlitz

Theater am Schiffbauerdamm
8 Uhr
Die Drei-Groschen-Oper

Thalia-Theater
8 Uhr
Oelrausch

Staats-Schiller-Th.
8 Uhr
Fladsmann als Erzieher

Kleines Theater
Täglich 8 1/2 Uhr
Nur noch bis 31. Jan.
Max Adalbert
in
Der Dickkopf
Sandrock, Landt, Sterier, Sikja

Lustspielhaus
Friedrichstr. 236
Täglich 8 1/2 Uhr
Guido Thielscher
in
Weekend im Paradies

Philharmonie
8 Uhr
KONZERT
des Philharm. Orch.
Dirig. Prof. I. Pröner
unter gef. Mitwirk. d. Künigler-Quart.
Quartettkonzert A. Maffei-Spohr, Schebe-razade-Rimsky-Korsakow

Reichshallen-Theater
Abends 8 1/2
Sonntag nachm. 3
Stettiner Sänger
Das wundervolle Januar-Programm!
Nachm. halbe Preise, volles Programm.
Dönhoff-Str. 11
Varietè / Konzert / Tanz

Theater am Nollendorplatz
Täglich 8 Uhr
letztmal Gebert
Einspiel von Walter Kullio

Rose-Theater
Täglich 8 1/2 Uhr
Die Fledermaus

Wer
vermisst Babenlöl
in größerer Größe zur
Größung (gerichtet)
11 1/2 x 11 1/2 x 11 1/2
Bergig) eine Heiler-
buchbildung 1 Reu-
tion kann gefüllt wer-
den. Angebots mit
Engels der Größe u
1/2 unter P. 17 an
die Geschäftsstelle des
"Fortwärt", Berlin.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Donnerstag, den 31. Januar, nachm. 6 Uhr, in „Gasthaus Vereinshaus“, Steiliger Straße 12a
Branchenversammlung
der Gewand- und Pfeifen-
Expertenkommission. 1. Vortrag des
Herrn Hecht. Die Verhandlungen
finden im Deutschen Metallarbeiter-
verband, 2. Branchenanliegenheiten.
Schriftlicher Bericht wird erwartet.

Wichtig! Betriebsräte Wichtige!
Die Betriebsräte-Schriftst. Nr. 2 ist
erschienen und kann gegen Vorkauf der
Legitimationskarte des Betriebsräte-Ob-
mannes im weiteren Bureau, Nummer 5,
täglich bis 4 Uhr, Freitag bis 1 Uhr,
mitgenommen werden.
Die Ortsverwaltung.

SCALA
8 Uhr 8 1/2 Barbara 9296
HARRY RESO
und weitere Varietè-Neuheiten

Haller-REVUE
„Schön und
schick“
Th. in Admiralsplatz
Täglich
8 1/2 Uhr

Thalia-Theater
Friedrichstr. 72-7
8 Uhr
„Oelrausch“

Berliner Theater
Direkt. Heinz Herald
Charlottenstraße 90
A. Z. Dönhoff 170
Täglich
8 Uhr 8 1/2
3 X Hochzeit
(Able's Irish Rose)

Trianon-Th.
Täglich 8 1/2 Uhr
Der letzte
Schleier
mit Erika Gläuser
und Oskar Bergel

Oscar, Künstler-Th.
8 1/2 Uhr
Der Zinker
v. Edgar Wallace
nach dem Roman
Preise 1-10 Mark

Inferieren
bringt ERPOLO!

NEUE WELT
Arnold Schoch Hasenheide 106/14
GR. BOCKBIERFEST
Große Schweinebraterei! Prämierung der
ähnlichsten Damen-Zwillinge.
3 Goldpreise 75.-, 50.- und 25.- RM.
Einlas 6 Uhr.
7 Kapellen - 50 bayerische Musik

L. JUERGENS
ALEXANDER PLAZ
Die Fabrik
für Automobile
NEUE KÖNIGSTRASSE 43

KLEINE ANZEIGEN
Jedes Wort 12 Pf.
Das fettdruckte Wort 25 Pf. (zu-
lässig zwei fettdruckte Worte).
Stellungnahme des ersten Wort (erst)
15 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Wörter
über 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe
Wohlfühl-Tropfen 2 x 2 12.- Mark.
Wohlfühl-Tropfen 2 x 3 22.- Mark.
Wohlfühl-Tropfen 2 x 4 32.- Mark.
Wohlfühl-Tropfen 2 x 5 42.- Mark.
Wohlfühl-Tropfen 2 x 6 52.- Mark.
Wohlfühl-Tropfen 2 x 7 62.- Mark.
Wohlfühl-Tropfen 2 x 8 72.- Mark.
Wohlfühl-Tropfen 2 x 9 82.- Mark.
Wohlfühl-Tropfen 2 x 10 92.- Mark.
Wohlfühl-Tropfen 2 x 11 102.- Mark.
Wohlfühl-Tropfen 2 x 12 112.- Mark.
Wohlfühl-Tropfen 2 x 13 122.- Mark.
Wohlfühl-Tropfen 2 x 14 132.- Mark.
Wohlfühl-Tropfen 2 x 15 142.- Mark.
Wohlfühl-Tropfen 2 x 16 152.- Mark.
Wohlfühl-Tropfen 2 x 17 162.- Mark.
Wohlfühl-Tropfen 2 x 18 172.- Mark.
Wohlfühl-Tropfen 2 x 19 182.- Mark.
Wohlfühl-Tropfen 2 x 20 192.- Mark.

Römische Oper (8 1/2)
Nach erfolgreich-Umarbeitung
**Paradies
der
süßsen Frauen!**
Parkett 4.50, Rang 3.50 24.

Th. am Schiffbauerdamm
Täglich 8 Uhr
Die Drei-Groschen-Oper
Paulsen, Valetti, Ander, Gerson, Schaufel, Köhl, Lvovsk.

Deutsches Theater
Norden 12.310
8 Uhr, Ende nach 10 1/2 U.
Zum 100. Male
Die Verbrecher
Schauspiel von Ferdinand Brückner
Regie: Heinrich Pitt

Kammerspiele
Norden 12.310
8. Ende nach 10 1/2 U.
„So sein erdienen“
Komödie von Edward Bond
Regie: Forster Larina.

Arbeiter, Angestellte und Beamte

sollen sich nach den Beschlüssen des
Gewerkschaftskongresses, der Genossen-
schaftsbundes, des Allgemeinen freien An-
gestelltenbundes und des Allg. Deut-
schen Beamtenbundes nur versichern bei
dem eigenen Unternehmen, der

Volksfürsorge
Gewerkschaftlich-Genossenschaftl.
Versicherungs- Anstaltsgesellschaft

Anspruch erteilen bzw. Material ver-
sanden kostenlos die Reichsanstalt
Berlin, Ritterstraße 126, oder der Ver-
stand der Volksfürsorge in Hamburg 1,
An der Alster 59/59.

Musikinstrumente
Kaufgesuche
Verschiedenes
Vergnügungen
Vermietungen
Arbeitsmarkt
Stellenangebote

Renaissance-Theater
Tel. Steingasse 901 u. 2083/84
Täglich 8 1/2 Uhr
„Das große ABC“
Regie: Gust. Hartung.

Zentral-
Theater
Alle Leben, alle Wessung
Täglich 8 1/2 Uhr
Sonntag auch 4 Uhr
Ich küsse Ihre
Hand, Madame
Ein Spiel von Liebe
und Lenz mit dem
gleichnamigen Schläger
Rundfunkhörer
Halbe Preise

Theater a. Kolbussertor
Kolbussertor Str. 6 Tel. 16177
Täglich 8 Uhr, auch Sonntag
nachm. 3 Uhr (ermäß. Preise)

Elite-Sänger
DIE JANUAR-
SENSATION: **Krach!**
Volkspreise: Mk. 0.50 bis 2.00, Logen 2.50

CIRCUS
BARUM
Berlin-Lichtenberg
Nur noch einige Tage
täglich abends 8 Uhr.

Beleuchtungskörper
für Wohnungen in allen Stilarten
Spezialbeleuchtungen
für Verkaufsräume, Schaufenster, Werkstätten
Teilzahlungen können auf Wunsch vereinbart werden
AGG-Beleuchtungskörper G.m.b.H.
Haus der Technik, Friedrichstraße 110-112
Untergrundbahn: Oranienburger Tor + Ausgang Süd

Ziehung d. bis 15. Febr.
Sechste
**Volkswohl-
Lotterie**
430 000
150 000
75 000
50 000
25 000
20 000
10 000
Lose zu 1 M., Doppellose zu 2 M.
Glücksbriefe
Glücksbriefe
G. Dischlatis & Co.
Berlin C.2, Köpenicker Str. 81
Postfach 6000 Berlin 6770
Tel. Heroldstr. 1207.
Lose auch zu haben in all. durch
Platzes kennt. Verkaufsstellen.
Für alle Gewinne auf
Wunsch 90% bar

**BANK UND
SPARKASSE
ALLER ARBEITNEHMER
IST
DIE
BANK DER ARBEITER,
ANGESTELLTEN UND BEAMTEN, A.-G.**

BERLIN S 14, WALLSTRASSE 65
SPARKASSENSTUNDEN VON 9 BIS 3, 4 BIS 6 UHR, SONNABENDS 9 BIS 1 UHR
ZAHLSTELLEN IN ALLEN STADTEILEN
AUSKUNFT BEI DEN ORTSAUSSCHÜSSEN DES ADGB.

**Redakteur
gesucht!**
Für die selbständige Berichterstattung
besonders aus der Stadt Berlin und
die Ergänzung der Redaktion in der
freien Presse wird eine **fertige Kraft**
gesucht. In Frage kommen nur Be-
werber, die über gute schriftliche
Leistungen verfügen und in der Partei-
journalistik erfahren sind. Bewerbungen
mit Angabe von Referenzen, Schul-
bildung und Gehaltsansprüchen sind bis zum
1. Februar zu richten an den Vorsitzenden
des Landesgewerkschafts Freie Presse.
Heinrich Meier,
Eberfeld, Robertstraße 6.

Zeitungsboten
werden sofort eingestellt - Mel-
dungen zwischen 2 und 6 Uhr
nachmittags. „Vorwärts“, Rei-
chenhagen-Ost, Provinzstraße 26.